

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Öffnung von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 20 Bg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Abgabe. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, auswärts durch die Postämter. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Postämter, in Mainz die Postämter, in allen Teilen der Stadt; in Straßburg die Postämter, in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeiter-Kasse“ in einheitlicher Spalte; 20 Bg. für auswärtige Anzeigen; 1 Bg. für lokale Werksamme; 2 Bg. für auswärtige Werksamme. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Abnahme: Für die Rhein- und Mosel-Region bis 19 Uhr mittags; für die Rheingau-Region bis 12 Uhr mittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlend 450 u. 451. Für die Abnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 24. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 39. • 62. Jahrgang.

## Die Politik der Woche.

Und will sich nimmer erschöpfen und leeren, nämlich die Jabern-Debatte, die im Reichstag, im elsass-lothringischen Landtag und in der Presse noch immer nicht ihr Ende finden will, und die einigermaßen im Gegensatz steht zu der allseits als dringend notwendig erkannten Beruhigungsaktion. Welche weiteren Folgen und etwaigen gesetzgeberischen Maßnahmen, wie sie unter anderem der im Reichstag eingebrachte Initiativantrag, betreffend den Erlaß eines besonderen Gesetzes über das Einschreiten der bewaffneten Macht zum Zweck der Polizeiausübung, fordert, der Kabinetskonflikt nach sich ziehen wird, steht noch nicht mit Sicherheit fest, dagegen gilt es als einigermaßen sicher, daß in den Reichsländern ein Regierungswechsel stattfinden wird, mag es auch noch auf Kombination beruhen, wenn jetzt schon die Namen der Nachfolger des Statthalters Grafen Wedel, des Staatssekretärs Born v. Bunsack und der Unterstaatssekretäre Mandel und Dr. Petri genannt werden.

Während die elsass-lothringische Krise somit ihren Fortgang nimmt, sind die Gerüchte über die „schleichende Kanzlerkrise“ in letzter Zeit etwas verstummt, obwohl der soeben begründete Preußenbund Herr v. Bethmann-Hollweg wenigstens indirekt eine sehr schlechte Partie erteilt hat, indem er unter stürmischem Beifall von der Abfindung eines Begrüßungsgrammes an ihn Abstand nahm. Der Reichskanzler kann sich in diesem Falle mit dem Reichstag trösten, dem auf der Tagung des Preußenbundes noch dümmere und übler mitgespielt wurde. Die Kennzeichnung des Reichsparlamentes als „gemischte Gesellschaft“ ist unbestritten geblieben, während es sich hierbei, wie im Reichstag zutreffend erwidert wurde, vielmehr um eine „gewählte“ Gesellschaft handelt. Auch die Bemerkungen des Generalmajors v. v. Kracht über das Verhalten der bayerischen Truppen in der Schlacht bei Orléans haben langatmige und leidenschaftliche Dementis erfahren, was aber nicht gehindert hat, daß die auf dem Preuentage gehaltenen taktlosen und herausfordernden Reden im Bayernlande, und zwar sowohl im Landtage wie in der Presse, auch in dem Regierungsorgan, die allerhöchsten Proteste hervorriefen.

Zu dem Sorgenbündel des leitenden Staatsmannes auf dem Gebiete der inneren Politik, das zwischen A und B, zwischen Altpreußentum und Jabern, gar mancherlei Rubriken aufweist, gesellen sich unerfreuliche Unstimmigkeiten im Bereich der auswärtigen Politik. Da sind zunächst die Differenzen zwischen Deutschland und Rußland in der Frage der deutschen Militärmission, und wenn auch die Offiziere dies, wie wir gleich betonen, mit mehr

Mühe als Erfolg als eine „innere Angelegenheit“ der Türkei hinstellen, durch die das deutsche Prestige im Orient nicht berührt werde, so hat doch dieser Konflikt im Verein mit manchen anderen Vorgängen, wie die Ankündigung eines russischen Getreideeinfuhrzoll, erneut gezeigt, daß der Draht zwischen Berlin und Petersburg wieder etwas in Unordnung geraten ist. Auch der Besuch, den Präsident Poincaré der deutschen Botschaft in Paris abgestattet hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Spannung zwischen Deutschland und Dreiverband unverändert fortbesteht, eine Tatsache, auf die ja auch die Churchill'schen Flottenpläne, die freilich bereits zu einer starken Spannung innerhalb des Kabinetts Asquith geführt haben, ein großes Licht werfen.

Diese Unstimmigkeiten im vielgerühmten Konzert der Mächte sind es, welche die Liquidation der Balkanfrage so sehr erschweren und die einzelnen Balkanstaaten immer wieder zu neuen Extratouren ermutigen. Das zeigt sich ebenso bei den Griechen, die, den französischen Einflüsterungen folgend, in der Inselfrage neue Schwierigkeiten machen, während auf der anderen Seite, wie die jüngste Panjane des Kriegsministers Enver-Pascha gezeigt hat, auch die Türken wieder angriffsüftiger werden. Es ist jedenfalls sehr verdächtig, daß die Türkei trotz ihrer Geldnöte Einkäufe in Kriegsschiffen macht, während die Griechen Tencos besetzen und Seeminen legen.

Enver-Pascha hat sich nicht darüber ausgelassen, ob die von ihm angeforderte Abfindung, „von den verlorenen Gebieten möglichst viel wieder zurückzugewinnen“, sich auch auf Albanien bezieht, das sich jetzt zum Empfang des neuen Fürsten rüstet, dessen Abreise auf den 28. d. M. angelegt ist. Offenlich geht diesem Küsten das Abrücken voraus, denn Esad-Paschas Rolle ist trotz seiner Loyalitätsversicherungen noch immer verdächtig, und auch Iszet-Pascha hat jetzt wieder von sich hören lassen, während die provisorische Regierung ein über das andere Mal mit der Abdankung droht und die internationale Kontrollkommission einermachen an das belagerte Sderkied erinnert: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß!

An belagerten Greis, der freilich eher Furcht als Ehrfurcht erweckt, erinnert auch Huerta, zurzeit noch immer Präsident von Mexiko, der das für Schuldner und solche, die es werden wollen, sehr nützliche Institut der Bankfeiertage erfunden hat. Weil die bösen Revolutionäre noch immer nicht das Schießen auf die Regierungstruppen einstellen, so hat wenigstens die Regierung etwas eingestellt, nämlich die Zahlungen. Und weil keiner mehr leiden, daß der andere für ihn zahlt, zahlt keiner von den beiden, ein System, das sich empfahl!

## Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Für den verstorbenen Oberpräsidenten v. Conrad wird in Potsdam eine Trauerfeier stattfinden. Die Beisetzung erfolgt in dem Erbgrabnis der Familie in Krona in Westpreußen.

\* Das heftigste Regierungsorgan gegen den Preuentag. Das Blatt der heftigen Regierung, die „Darmstädter Zeitung“, nimmt in einem leitenden Artikel „Nord und Süd“ gegen den Preuentag Stellung, indem es u. a. schreibt: „Es war erklärlich, daß die bedauerliche Nichtstimmung, die das überhebende Gebaren der Redner des Preuentages in Süddeutschland hervorgerufen hatte, sich nicht ohne weiteres auf die Einlenkungsversuche der paar konserverativen Berliner Blätter wieder legen würde. Wenn auch bereits die Auslegung, welche einzelne konserverative Blätter den Worten des Generals v. Kracht gegeben haben, einen Teil des Stachels gegen Bayern zu nehmen vermochte, so ist doch leicht begreiflich, daß sich das bayerische Volksgemüt gegen jede Verdächtigung mangelnder Treue im letzten Kriege wehrt und mit Recht, denn die bayerische Tapferkeit ist doch fast sprichwörtlich geworden. Daß es der preußischen Regierung wie der Reichsregierung nicht angenehm ist, unnütz die Rivalität zwischen Nord und Süd hervorgerufen zu sehen, ist klar. Daß die Berliner Preuentagsversammlung ein Telegramm an den preußischen Ministerpräsidenten, der ja gleichzeitig der gehobte Reichskanzler ist, ablehnte, konnte Herrn von Bethmann-Hollweg kalt lassen. Daß die Altpreußen statt des Geburtstages des Deutschen Reiches den 18. Januar 1701, den Gründungstag der preußischen Monarchie, feiern wollen, war auch lediglich ihre Sache. Daß aber die Herren von jenseits der Elbe, welche süddeutsches Wesen nicht verstehen, die Niederwerfung der beiden Napoleone für sich allein reklamieren, das mußte dem Reichskanzler aus dem Grunde unangenehm sein, weil dadurch ein Keil zwischen Nord und Süd getrieben werden konnte. Daher wird es Herrn v. Bethmann-Hollweg gelegen kommen sein, daß der Erreger des bayerischen Volkswillens nunmehr selbst seine Erklärungen rektifiziere.“

\* Die Oberbürgermeister Wermuth und Scholz zu dem Antrag von v. Wartenburg. Die Abstimmung des Oberbürgermeisters Scholz für den Antrag des Grafen von v. Wartenburg im Herrenhause hat in der Charlottenburger Bürgerschaft eine unliebsame Überraschung hervorgerufen. Wie die „Freie Ztg.“ hierzu bemerkt, hat auch das Verhalten des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth gegenüber dem Vorstoß der Junier gegen den Reichstag Verwunderung in der Bürgerschaft erregt, Herr Wermuth war im Herrenhause anwesend, nahm aber an der Abstimmung nicht teil. Nach dem amtlichen Bericht fehlte er ohne Entschuldigung.

\* Eine italienische Unfreundlichkeit. Wir lesen in der „Magdeburger Ztg.“: Die Vorgänge in Elsass-Lothringen geben dem „Giornale d'Italia“, das oft zu Auslassungen der italienischen Regierung benutzt wird, Veranlassung zu einer allgemeinen Betrachtung der europäischen Politik, an die das Blatt

## Feuilleton.

### Aus Kunst und Leben.

\* Vernadin de Saint-Pierre und Alexander von Humboldt. Der 100. Todestag Vernadin de Saint-Pierres am 24. Januar ruft die Gestalt eines Dichters in die Erinnerung, der in der Geschichte des modernen Naturgefühls eine bedeutende Rolle spielt: er hat die Wunder der tropischen Landschaft, die vorher von fähigen Entdeckern und fähigen Gelehrten mehr sachlich geschildert worden war, für die Poesie entlockt und so eigentlich erst die ideale Natur des Rousseauschen naiven Menschen, die der Philosoph nur geträumt, geschaffen. Eine abenteuerliche Sehnacht und Schwärmerei nach unbekannt dämmernden Fernen trieb schon den 17-jährigen Knaben zu einer Fahrt nach Martinique, und nachdem ihn ein wechselreiches Schicksal im alten Europa hierhin und dorthin geworfen hatte, schätzte er nach Ruhe und Frieden in jungen Ländern, will die Rousseauschen Ideen in Wirklichkeit umsetzen und versucht mit einer Anzahl gleichgesinnter einfacher Menschen bald in Madagaskar, bald am Arabisee Ansetzungen zu gründen, in denen das Blut der Urzeit wieder aufleben soll. Seine Pläne mißglücken, seine Utopien zerfallen, und es bleiben ihm nur noch die Freuden der Phantasie, die Lust der Träume, in denen sich all sein Erleben in glühenden Farben spiegelt. Aus diesen Visionen einer mit starken Sinnen geschauten fremden Natur sind die unvergänglichen Schönheiten geboren, die das einfache Geschehen seiner Idyllen mit einem herrlichen Kranz von Landschaftsbildern umrahmen. Eingefügt in seine wunderlichen Naturstudien, deren unwissenschaftliches Zaubern längst erkannt ist, liegt wie ein Juwel in eine Kette von bunten Glasstücken die Dichtung, die seinen Namen unsterblich gemacht hat, die Erzählung von „Paul und Virginia“. Die Tragik, die in dem hier geschilderten Zusammenstoß des einfachen Naturkinds aus der glücklichen Südsee mit der überfeinerten Bildung alter Kultur geschildert ist, läßt uns freilich lächeln, sie ist nach einem Wort Goethes nur aus der äußerlichen Absicht entsprungen, „um alle schmerzlichen Mißverhältnisse zur Sprache zu bringen, welche in neuesten Staaten zwischen

Natur und Gesetz, Gefühl und Verkommen, Bestreben und Vorurteil so bang und beängstigend sind.“ Wundervoll und unerwartet aber wirkt heute noch die tiefe Befassung der Tropenwelt. Um dieser Tat willen hat Alexander von Humboldt in der genialen Skizze der Entwicklung des Naturgefühls, die er in seinem „Kosmos“ bot, Vernadin de Saint-Pierre einen ruhmvollen Platz eingeräumt und selbst den tiefen Einfluß bekannt, den er durch ihn empfing. Während Buffo die südliche Natur nur nach Schilderungen anderer darstellte, ist hier dieses großartige Phänomen von einem Dichter heiß und leidenschaftlich erlebt. „Paul und Virginia“, ein Werk, wie es kaum eine andere Literatur aufzuweisen hat“, sagt Humboldt, „ist das einfache Naturbild einer Insel mitten im tropischen Meere, wo, bald von der Milde des Himmels bestrahlt, bald von dem mächtigen Kampf der Elemente bedroht, zwei anmutvolle Gestalten in der wilden Pflanzengasse des Waldes sich maulerisch wie von einem Blütenreihen Teppich abheben.“ Auf seinen großen Reisen in die gleichen Zonen, die Humboldt mit Aimé Bonpland unternahm, ist dies Reisterwerk dem Naturforscher ein geliebter Gefährte gewesen. „Viele Jahre lang ist es von mir und meinem teuren Begleiter und Freunde Bonpland gelesen worden: dort nun (man vergehe den Anruf an das eigene Gefühl) in dem stillen Glanze des südlichen Himmels, oder wenn in der Regenzeit, am Ufer des Orinoco, der Blick tragend den Wald erleuchtete, wurden wir beide von der bewundernswürdigen Wahrheit durchdrungen, mit der in jener kleinen Schrift die mächtige Tropennatur in ihrer ganzen Eigentümlichkeit dargestellt ist.“ Der Einfluß Saint-Pierres, der in der ganzen Literatur, bei Chateaubriand wie bei den Deutschen Lenau und Sealsfeld, ein so tiefgehender war, ist denn auch in Humboldts schönen Schilderungen, vor allem in seinen dichterisch-anschaulichen „Ansichten der Natur“ zu spüren.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Wie ein weher Roßfchrei klingt ein Ruf, den der Direktor Nordau vom Kasseler Residenztheater an die Kasseler Einwohner richtet. Alle Bemühungen dieses Bühnenleiters, dem Publikum nur die allerbeste Bühnenkost zu bieten, scheitern nach monatelangen

Versuchen an der absoluten Laubheit der 160 000 Einwohner. Selbst hervorragende Gäste vermochten nicht zu fesseln. Philippus „Barter Hellmund“ mußte, wie bereits gemeldet, schon bei der Erstaufführung ausfallen, weil nur 11 Personen anwesend waren, und die Aufführung des Lustspiels „Flügel“ brachte am Dienstag eine Einnahme von — 11 Mark. An 20 Aufführungstagen wies der Kasselerapparat eine Gesamteinnahme von knapp 1000 Mark auf. Jetzt greift der Direktor nun zum letzten Mittel und bietet nach Art der Ainos Dubelarten zur Abnahme an. Wenn jedoch auch dieses Mittel fehlschlägt, dann will das Theater seine Vorstellungen in Kassel aufgeben und auf den kurhessischen Dörfern spielen. Und so etwas geschieht in der Stadt, die einst eine der besten Pflanzstätten deutscher Kunst war.

Sibende Kunst und Musik. Der norwegische Maler und Zeichner Theodor Kittelsen, der namentlich durch seine Karikaturenzeichnungen in der vor einigen Jahren eingegangenen Zeitschrift „Pan“ auch in Deutschland bekannt wurde, ist, fast 57 Jahre alt, in Christiania gestorben.

Ein bisher noch nicht bekannt gewesenes Werk Wilhelm Leibis, ein Porträt, ist vor kurzem von Karl Haberstock in Berlin aufgefunden und erworben worden.

Dem Kunstmaler Professor Friedrich Kallmorgen in Berlin ist vom König von Bayern der Verdienstorden vom heiligen Michael dritter Klasse verliehen worden.

Lehars Operette „Endlich allein“ erlebt am 30. d. im Theater an der Wien in Wien seine Aufführung.

Richard Strauß hat seinen Kontrakt mit der Königl. Hofoper in Berlin um drei Jahre verlängert.

Wissenschaft und Technik. Auf der Internationalen Buchgewerbeausstellung in Leipzig ist bekanntlich auch Frankreich mit einem eigenen großen Pavillon vertreten, wofür die Regierung schon 480 000 Franken bewilligt hat. Nunmehr hat der Stadtrat von Paris beschlossen, für die Beteiligung der Stadt Paris 10 000 Franken zur Verfügung zu stellen, ebenso sind für die Ausstellung des Seine-Departements 5000 Franken ausgeföhrt worden. Die Stadt Paris wird keinen besonderen Pavillon errichten, sondern im französischen Pavillon ausstellen.

einige für Deutschland außerordentlich unfreundliche Bemerkungen zu knüpfen für angebracht hält. Das comische Blatt erklärt, daß der Kernpunkt der europäischen Politik nach wie vor Elſaß-Lothringen sei. Die elſaß-lothringische Frage sei brennend, denn noch nie sei der Gedanke eines Revanchekrieges in Frankreich so lebendig gewesen wie gerade jetzt und die Wiedererobierung der verlorenen Provinzen mürze tief im Herzen der Franzosen. Andererseits sei es als feststehend zu betrachten, daß die militärischen Maßnahmen in Elſaß-Lothringen als gescheitert zu betrachten seien. Die Ereignisse hätten gezeigt, daß es dem Deutschen Reich nicht möglich sei, die elſaß-lothringische Bevölkerung für sich zu gewinnen. Die Unfreundlichkeit, die aus diesen Zeilen zu Deutschland spricht, wird noch überboten durch die absolute Verständnislosigkeit, mit der hier innerpolitische deutsche Verhältnisse beurteilt werden.

\* Herr v. Oldenburg über seine Reichstagsreden. Über seine Reden im Reichstag erzählte Herr v. Oldenburg bei seiner von uns erwähnten neulichen krassen Rede, daß seine Freunde immer eine wahre Todesangst ausgestanden hätten, wenn er die Rednertribüne betrat. Bei einer dieser Reden hätten dicht vor ihm zwei liberale Abgeordnete gestanden, und es habe ihm viel Spaß bereitet, als er hörte, wie der eine zu dem anderen sagte: „Der Kerl spricht wie im Kuhstall.“

\* Eine Zeitungsgründung der bayerischen Reichspartei. Münchener Blättermeldungen zufolge will der Führer der bayerischen Reichspartei, Fabrikbesitzer Tafel in Nürnberg, in Hof ein Parteiblatt gründen. Die Zeitung soll in kürzester Frist erscheinen.

**Heer und Flotte.**

Die für Kaisers Geburtstag zu erwartenden Personalveränderungen im Heere werden, wie die „Köln. Ztg.“ hört, in den höheren Stellen nur einen geringen Umfang aufweisen, wie aus den mit Kabinettsorder vom 20. d. M. bekanntgegebenen Verabschiedungen zu ersehen ist, die schon seit mehreren Jahren an Kaisers Geburtstag nicht mehr stattfinden. Bei der Infanterie sind höhere Kommandostellen nicht frei geworden, zu besetzen sind bei der Kavallerie das Husaren-Regiment Nr. 4 in Orlau, bei der Feldartillerie das Regiment Nr. 8 in Saarbrücken, bei der Fußartillerie die 2. Brigade in Mey und beim Ingenieur- und Pionierkorps die 3. Pionier-Inspektion in Straßburg i. E. Die Anstellung von Portepce-Unteroffizieren der Hauptkadettenanstalt als Leutnants in der Armee, deren Gesamtzahl 70 beträgt, ist erfolgt, davon erhielten ein Patent vom 22. Juni 1912 bei der Infanterie 52, Kavallerie 4, Feldartillerie 7, Fußartillerie 3, Eisenbahntrooppe 1, zusammen 67. Ferner ist bei der Infanterie 1 mit Patent vom 30. November 1912, Feldartillerie 1 mit Patent vom 13. Juli 1912 und Fußartillerie 1 mit Patent vom 28. September 1912. Es ist zu begrüßen, daß auch im Kadettenkorps die Zahl der Abiturienten im Steigen begriffen ist. Bemerkenswert sei noch, daß unter den fünf bei der Garde-Infanterie als Leutnants angestellten Kadetten sich zwei bürgerliche befinden.

Heimreise aus Ostafrika. Der Kreuzer „Secadler“, der seit zwei Jahren allein den Stationsdienst in den ostafrikanischen Gewässern wahrnahm, hat von Dar-es-Salaam aus die Heimreise angetreten. Auf dieser befindet sich der Kreuzer bereits im Roten Meer. Da das Erſahschiff für die ostafrikanische Station, die „Königsberg“, erst zum Frühjahr zur Indienststellung bestimmt worden ist, die Station mithin mehrere Monate ohne Kreuzer sein würde, soll jetzt der Kreuzer „Geier“, dessen Anwesenheit im Mittelmeer nicht mehr für erforderlich erachtet wird, zunächst nach den ostafrikanischen Gewässern in See gehen, ehe das Schiff seine neubestimmte Tätigkeit in der Südsee für den heimkehrenden „Konkord“ aufnimmt.

**Ausland.**

**Frankreich.**

Die stärkste Kammergruppe. Paris, 23. Jan. Die Gruppe der geeinigten Radikalen und Radikal-Sozialisten hat dem Kammerpräsidium ihre Mitgliederliste übergeben. Diese umfaßt die Namen von 108 Deputierten. Über das Aufnahmegeſuch von einigen weiteren radikalen Deputierten, darunter des Handelsministers im Kabinett Barthou Raffé, der von dem Kongress in Pau aus der radikalen Partei ausgeschlossen worden war, wird demnächst beraten werden. Die Gruppe ist die weitaus stärkste der Kammer.

**Rußland.**

Ein Geſetz betr. Erwerbung des Untertanenrechts. Petersburg, 22. Jan. Der Ministerrat beschloß, dem Reichsrat und der Reichsduma eine Geſetzesvorlage über die Erwerbung bezw. den Verlust der russischen Untertanenrechte vorzulegen. Diese Frage unterliegt nach dem bestehenden Geſetz zwar nicht eigentlich der Kompetenz der Reichsduma, doch sei sie von hervorragender Allgemein- und Nationaler Bedeutung. Der Teil der Vorlage, der Finnland betrifft, wird der Prüfung des finnischen Landtages und des finnischen Senates unterbreitet.

**Albanien.**

Die albanische Thronbesteigung für Anfang Februar geplant. Wien, 23. Jan. Das „Deutsche Volksblatt“ meldet: Der Prinz zu Wied hat die Kabinette verständigt, daß er noch Befuchen in Wien und Rom in den ersten Tagen des Februars in Albanien zu landen gedenke.

**Aſien.**

Die unſichere Lage in der Mongolei. Petersburg, 22. Jan. Wie aus Moskau gemeldet wird, hält man dort den Ausbruch einer neuen Revolution für sicher, und glaubt sogar, daß die Umwälzung überraschend schnell eintreten könnte. Aus Furcht hier vor liegt der Handel in der Mandſchurei brach. Mit dem Auslande werden keine Abschlüsse mehr gemacht, und im Innenhandel wurde der Kredit auf ein Minimum eingeschränkt.

**Luftfahrt.**

Bourne am Endziel seines Fluges. Paris, 23. Jan. Wie aus Paris gemeldet wird, ist der französische Flieger Bourne gestern früh bei der Eisenbahnstation Rob aufgeſtiegen und nach drei Stunden in Wadi Galka, dem Endziel seines Fluges, gelandet.

**Sitzung der Stadtverordneten**

— Wiesbaden, 23. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gut besuchten und von dem ersten Vorſitzer Justizrat Dr. Alberti geleiteten Versammlung erhielt Stadtverordneter Justizrat v. Ed das Wort zu folgender Erklärung: Ich fühle mich verpflichtet, den

Artikel der „Rheinischen Volkszeitung“ zur Wahl des neuen Beigeordneten zur Sprache zu bringen. Wir haben heute vor 14 Tagen den Ministerialſekretär Dr. Heß aus Darmstadt zum Beigeordneten gewählt, und zwar mit der überwältigenden Majorität von 48 gegen 6 Stimmen. Es ist richtig, daß wir damit einen Protestanten gewählt haben. Diese Tatsache hat der „Rheinischen Volkszeitung“ Veranlassung gegeben, Mut zu schmeißen und einen ganz ungläublichen Artikel gegen den Wahlkörper loszulassen. Das würde mich an und für sich nicht veranlassen, das Wort in dieser Angelegenheit zu ergreifen; die Majorität der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, die Herrn Dr. Heß gewählt hat, wird sich durch die Ausfälle der „Rheinischen Volkszeitung“ nicht verleiten lassen. In dem Artikel findet sich aber der folgende Paſſus:

„Bei der Befetzung des zweiten Bürgermeisterspostens hatte man uns Katholiken mit der Zusicherung vertrieben, daß bei der demnächstigen Wahl eines neuen Beigeordneten ein Mitglied unserer Konfession gewählt würde. Doch, was sind bei einem liberalen Magistrat und Stadiparlament Versprechungen und Zusicherungen! Kaltblütig und höhnisch bricht man seine gegebene Zusage.“

Meine Herren, weder der Redakteur, noch der Berichterstatter der „Rheinischen Volkszeitung“ ist Mitglied der Wahlkommission gewesen; man darf also mit Recht annehmen, daß der Verfasser des Artikels keine Information von den Zentrumsmitgliedern des Wahlkörpers bekommen hat. (Zuruf vom Zentrum: Das wird bestritten!) Ich sage, das darf man annehmen. Nach dem Urteil ist weiter anzunehmen, daß von einer größeren Gruppe dem Zentrum Versprechungen gemacht worden sind, denn von privater Zusicherung einzelner Stadtverordneten hätten sich die dem Zentrum angehörigen Herren ſicherlich für die Wahl des Herrn Bürgermeisters Travers bestimmen lassen. Ist das richtig, dann müßte man das außerst bedauern. Ich unterschreibe alles, was in dieser Beziehung im „Wiesbadener Tagblatt“ gesagt worden ist.

Wenn die Wahl kommunaler Beamten nicht nach der Tüchtigkeit, sondern nach dem religiösen Bekenntnis erfolgen würde, dann wäre es schlecht bestellt um die Kommune.

Ich glaube nicht, daß ein Versprechen, wie es die „Rheinische Volkszeitung“ behauptet, gegeben worden ist; das muß aber festgestellt werden. Die Bürgerſchaft hat in der Tat ein Recht, zu hören, daß die Behauptung der „Rheinischen Volkszeitung“ nicht zutrifft. Für die der Fortschrittlichen Volkspartei angehörigen Mitglieder des Wahlkörpers gebe ich die Erklärung ab, daß sie weder allein noch mit anderen das Versprechen gegeben haben, bei der Wahl des neuen Beigeordneten einem Katholiken ihre Stimme zu geben. Ich hoffe, daß die übrigen Gruppen frank und frei dieselbe Erklärung abgeben können, und erwarte auch von der Zentrumgruppe Aufklärung. (Beifall.)

Stadtverordneter Fink: Die Erklärung des Herrn v. Ed gibt mir die willkommenste Gelegenheit, die Beigeordnetemwahl zur Sprache zu bringen. Ich will sagen, wie die Verhältnisse liegen. Auf das behauptete Versprechen werde ich noch zurückkommen.

Mit der Verteidigung des Artikels in der „Rheinischen Volkszeitung“ werde ich mich nicht befassen.

Ich bin der Meinung, daß der, der den Artikel verfaßt hat, auch die Verantwortung übernehmen wird. Der Kernpunkt der Sache ist ein ganz anderer.

Durch die Wahl des Herrn Dr. Heß haben Sie aufs neue einen Beweis Ihrer Imparität gegenüber den Katholiken gegeben.

Sämtliche hiesigen besoldeten Magistratsstellen sind mit Nicht-Katholiken besetzt. Herr Dr. Kluth wurde nicht gewählt, obwohl er einen tadelloſen Charakter und ausgezeichnete Fähigkeiten besitzt. Gegen eine solche Behandlung, gegen eine solche Zurückſetzung protestiert die katholische Gemeinde in ihrer überwiegenden Mehrheit aufs allerentschiedenste. Es ist nichts Unerhörtes und nichts Unerhörtes, was wir verlangen. Was wir verlangen ist nichts, als Gleichberechtigung auch bei der Befetzung der Beamtenstellen, natürlich nur unter der Voraussetzung, daß bei Reubesetzungen die Tüchtigkeit vor die Konfession geht. Nach diesem Grundsatz wird überall so verfahren, wo die Katholiken in der Mehrheit sind (Widerspruch); dort, wo die Andersgläubigen in der Mehrheit sind, trifft man das Recht der Katholiken mit Füßen.

Das geschieht auch in der Weltstadt Wiesbaden!

Der Redner stellte das prozentuale Verhältnis der Konfessionen in unserer Stadt fest und fuhr dann fort: Wir sind der Meinung, daß wir ein Recht haben, unsere Konfession wenigstens in einem Mitglied des Magistrats vertreten zu sehen, damit es in gegebenen Fällen vermittelt und aufklärt. Die Pöbelgemeinde hat mit der Kirchengemeinde eine ganze Reihe von Berührungspunkten. Wenn gesagt worden ist: „Wir setzen nicht auf die Konfession, sondern nur auf die Fähigkeit“, so dringt man in diesem Falle mit diesem Argument nicht durch.

Der Redner hob noch einmal hervor, daß man es mit Herrn Dr. Kluth aus Wachen mit einer ausgezeichneten Kraft zu tun hätte; im Ausnahmefall sei gesagt worden, die Fähigkeiten Kluths seien ebenso groß wie die des Herrn Dr. Heß. Dazu komme, daß Herr Dr. Kluth aus Wachen, also einer Stadt sei, deren Verhältnisse eine gewisse Ähnlichkeit mit denen Wiesbadens hätten. Herr Dr. Heß sei noch nicht im kommunalen Dienst tätig gewesen, wohl aber Herr Dr. Kluth. Das Verlangen des größten Teils der katholischen Bevölkerung Wiesbadens könne als kein unbilliges bezeichnet werden. Eine ganze Anzahl Herren des Kollegiums hat privatim diesen Standpunkt als gerecht und billig bezeichnet, und uns in Aussicht gestellt, bei der Wahl für Dr. Kluth zu stimmen. Aber die Parteien haben gewählt! Eine Parteigruppe hat sogar bei der Wahl des Beigeordneten Fraktionszwang beschloſſen.

Durch Fraktionszwang wurde Herr Dr. Heß gewählt. Herr Dr. Kluth war katholisch, deshalb mußte er fallen trotz seiner bedeutenden Befähigung. Als der Beigeordnete gewählt wurde, haben wir mit einer Parteigruppe gesprochen und gesagt: „Wenn sich ein tüchtiger Herr meldet und er ist

Katholik, dann gehört ihm der Vorzug, und zwar aus Gründen der Parität.“ Ich kann im Namen meiner Freunde erklären, daß wir uns bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters von keiner Partei haben leiten lassen, sondern nach freiem Ermessen und nach Pflicht und Gewissen gewählt haben.

Es wimmelt von Imparität gegen den großen katholischen Volksteil in unserer Stadt.

Als Beispiel dient die Schuldeputation, in der vier Lehrer ſitzen, aber kein einziger davon ist katholisch. Eine solche Behandlung verbiten wir uns. Wir legen Protest ein namens der Katholiken Wiesbadens und werden nicht ruhen, bis unsere Forderungen bewilligt werden.

Stadtverordneter Oß: Es versteht sich von selbst, daß in erster Linie die Interessen der gesamten Bürgerſchaft vertreten werden müssen und erst in letzter Linie die der einzelnen Konfessionen. Man gehe aber sämtliche Beamtenstellen der Stadt durch, und man wird selten einen Katholiken finden. Auch im unbesoldeten Magistrat ſitzt nur ein Katholik.

Sollte das Zufall sein? Das bezweifle ich sehr. Vor 14 Tagen hatten Sie Gelegenheit, zu zeigen, daß Sie die Katholiken Wiesbadens nicht zurücksetzen wollen; Sie haben es nicht getan.

Stadtverordneter Siebert: Ich stehe auf dem Standpunkt des Herrn Justizrat v. Ed. Für die Wahl der städtischen Beamten darf nicht die Konfession, sondern nur die Tüchtigkeit maßgebend sein. Die Herren von der Zentrumspartei behaupteten, daß ihnen das in dem Zentrumsblatt erwähnte Versprechen nicht gegeben worden ist. Ich habe wenig hinzuzufügen. Für meine Person habe ich den Wunsch, die Wünsche unserer katholischen Mitbürger erfüllt zu sehen. Ich verſetze, daß die Katholiken das Gefühl haben können, verletzt zu sein, wenn vorzugsweise Protestanten in den Magistrat gewählt werden. Ich würde es bedauern, wenn in das friedliche Zusammenleben der Konfessionen Mißtrauen gesät würde. Wir würden uns gefreut haben, wenn Herr Dr. Heß zufällig katholisch gewesen wäre. Herr Dr. Kluth hat mir persönlich sehr gut gefallen; er ist aber

nicht durchgefallen, weil er Katholik ist, sondern in die engere Wahl hereingekommen, weil er katholisch ist.

Wäre Herr Dr. Heß katholisch, dann würde er mit Stimmen-einheit gewählt worden sein, wäre Herr Dr. Kluth evangelisch, dann wäre er überhaupt nicht in die engere Wahl gekommen. Die meisten von uns waren überzeugt, daß man in Herrn Dr. Heß den Besseren gewinne, der Bessere ist aber immer ein Feind des Guten.

Stadtverordneter Baumach: Ich habe dem Wahlkörper angehört; von der einen Seite ist da gesagt worden, die Konfession spielt keine Rolle, von der anderen Seite wurde gesagt,

man wolle den Katholiken entgegenkommen.

Herr Dr. Kluth sei nur seiner Tüchtigkeit wegen ausgesucht worden, und nicht, weil er Katholik sei. Schon bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters rechneten wir mit einem Katholiken; als das Ausschreiben so gut wie erfolglos war, waren wir uns klar, daß voreerst nichts zu machen sei. Wir haben nichts vereinbart und uns nichts versprechen lassen. Was in dieser Beziehung geschehen worden ist, welsen wir entschieden zurück. Schon bei der Kommissionsberatung ist die Bemerkung gefallen: „Dr. Heß wird gewählt.“ Herr Dr. Kluth war mit 36 Jahren bereits Assessor, er war drei Jahre im Vorkursen, sogar in England, tätig, und gehört seit Jahren der Wächener Stadtverwaltung an. Wegen seiner Tüchtigkeit läßt sich also nichts einwenden. Herr Justizrat Siebert erklärte, er werde zu erreichen suchen, daß Herr Dr. Kluth gewählt werde. Aber es wurde Fraktionszwang beschloſſen, und da ist es anders gekommen. Die Sache war bereits vor der Wahl entschieden. Als Herr Dr. Kluth am Freitag hierherkam, wurde ihm gesagt, seine Aussichten hätten sich verschlechtert, man habe erst einen Katholiken als Schuldeputierten gewählt, da könne man nicht noch einen zweiten Katholiken wählen.

Stadtverordneter Demmer: Wir sind bei dem Kuhhandel nicht beteiligt. (Stadtverordneter Fink: Es hat gar keiner bestanden!) Ich kann mich in Ihre Stellung hineinverſetzen,

ihnen sind die Helle fortgeschwommen.

Bei der Wahl des Herrn Bürgermeisters Travers habe ich beobachtet, wie einzelne Herren in der Ecke die Herren vom Zentrum schmer bearbeiteten. Damals wurde hier gesagt: Jetzt wird der eine oder der andere platt geschlagen. Es hat gar nicht lange gedauert, da stand es schon in der „Rheinischen Volkszeitung“, dem Zentrum seien bezüglich der Wahl des anderen Beigeordneten Versprechungen gemacht worden. Deshalb konnte die „Rheinische Volkszeitung“ behaupten, der Kuhhandel sei nicht eingehalten worden. Das ist (zu den Herren vom Zentrum) von Ihrem Parteiorgan konstatiert worden; wenn Sie den Kuhhandel bestritten, bleibt Ihnen also nichts anderes übrig, als zu sagen:

Die „Rheinische Volkszeitung“ hat die Unwahrheit gesagt.

Der Redner bezeichnete es weiter als eine erfreuliche Tatsache, daß jetzt das Zentrum über Intoleranz klage, während es selbst bei der Wahl des Wahlschusses noch dafür gefordert hätte, daß kein Wähler der 3. Klasse in den Ausschluß kam. Wo das Zentrum in der Majorität ist, fällt es ihm nicht ein, sich an den Grundsatz der Parität zu halten. (Beifall und Widerspruch.)

Stadtverordneter Justizrat Siebert widersprach der Behauptung, daß von vornherein die Wahl des Herrn Dr. Heß feststanden habe. Herr Dr. Heß sei nur gewählt worden, weil es sich in ihm um einen außerordentlich tüchtigen Beamten handelte.

Stadtverordneter Baumach bestritt, daß sich die Herren vom Zentrum platt schlagen ließen. Offiziell sei nichts vereinbart worden.

Stadtverordneter Justizrat v. Ed: Von unserer Seite wurde Fraktionszwang nicht erklärt, weder bei der Wahl des Herrn Travers, noch bei der des Herrn Heß. Wir kennen überhaupt keinen Fraktionszwang. Die meisten Vorredner sind nicht auf das eingegangen, was ich angeregt habe. Ich habe von der Unterstellung in dem Artikel in der „Rheinischen Volkszeitung“ gesprochen. Alles, was Herr Siebert ausführte, kann ich unterschreiben, ich vermittele aber noch die von unserer Seite Klipp und Klar gegebene Erklärung, daß das behauptete Versprechen nicht gegeben worden ist. Wenn von der Stadtverordneten-Versammlung festgestellt wird, daß ein derartiges Versprechen nicht gegeben wurde, dann muß das Zentrumsblatt gestehen, daß es die Unwahrheit gesagt hat. Von den Katholiken wird über die geringe Vertretung ihrer Konfession im Magistrat ge-

klagt. Mir ist in meiner 18 jährigen Praxis als Stadtverordneter kein Fall bekannt, daß von der Stadtverwaltung irgend etwas geschehen ist, worüber sich die Katholiken beschwert hätten könnten.

Nur eine Ausnahme gibt es: in die Schuldeputation wählten wir keinen katholischen Lehrer, weil sich das nicht mit dem Charakter unserer Simultanschule verträgt, denn es ist bekannt, daß der Katholische Lehrerverein Gegner der Simultanschule ist. In diesem Punkt ist den Katholiken nach ihrer Ansicht Unrecht geschehen, nach meiner nicht. Der Redner führt die Wahl des katholischen Direktors des Lyzeums zum Beweis dafür an, daß nicht antikatolische Tendenzen bei der Wahl der Beamten der Stadt maßgebend sind. Er schloß: Wenn keine andere Erklärung erfolgt, so nehme ich an, daß das, was die Rheinische Volkszeitung sagte, unklar und bei der Wahl des Herrn Bürgermeisters Travers kein Kubhandel abgeschlossen worden ist.

Stadtvordneter Fink erklärte zu der Bemerkung des Vorredners, daß kein katholischer Lehrer in die Schuldeputation gehöre: Auch gegen diese Annahme protestieren wir namens der katholischen Lehrer aufs allerentschiedenste. Wo die Katholiken die Mehrheit haben, da herrscht Parität.

Stadtrat Hees konnte, abgesehen von der Schuldeputationsangelegenheit, sich aus seiner 23jährigen Tätigkeit als Stadtvordneter und Magistratsmitglied keines Falles erinnern, in dem er das Gefühl hatte, als sollten die Katholiken unterdrückt werden. Er habe aber das Empfinden, daß Herr Dr. Heß von Anfang an etwas sehr gut gefallen habe.

Stadtrat Kallbrenner führte aus, es bestie kein Zweifel, daß die Besetzung der städtischen Ämter nur nach der Tüchtigkeit erfolgte. Wenn Herr Fink behauptete, in Städten, wo die Nichtkatholiken in der Mehrheit seien, herrsche keine Parität, dann behauptet er etwas, was nicht zutrifft. Bei der Besetzung eines Amtes wird hier nie gefragt: Bist du katholisch oder evangelisch. Noch nicht das letzte Wort sei von evangelischer Seite gegen die Konfessionszugehörigkeit eines katholischen Beamten gefallen.

Damit wurde das Thema verlassen.

In die veröffentliche Tagesordnung eintretend, berichtet Stadtvordneter Schweidguth über das Projekt für die Umgestaltung des Kochbrunneneingangs am Kranzplatz. Über das, was dort beabsichtigt ist, sind bereits in der Nr. 34 nähere Mitteilungen gemacht worden, auf die hiermit verwiesen wird. Ergänzend sei noch erwähnt, daß in den Kochbrunnenanlagen 40 moderne Dolabänke und zur Schaffung von Rizzapflätzen eine große Anzahl Lorbeerbäume zur Aufstellung gelangen. Die Gesamtkosten sind zu 16 000 M. veranschlagt.

Stadtvordneter Demmer erscheint dieser Betrag für ein Provisorium äußerst hoch, namentlich auch der Betrag für die Lorbeerbäume. — Beigeordneter Hörner erwidert darauf, daß über die definitive Ausgestaltung des Kochbrunnens, namentlich die Errichtung neuer Bauten (Widerspruch), doch noch Jahre vergehen würden. Alle Fragen müßten gründlich überlegt werden. Deshalb habe sich der Magistrat für das Provisorium entschieden. Es werde damit ein Zustand geschaffen, der sicher befriedigen werde. — Stadtvordneter v. Eck befragte die vorliegende Projekt. — Stadtvordneter Hartmann gibt den Wünschen der Gärtner Ausdruck, die Lieferung der Lorbeerbäume so frühzeitig auszusprechen, daß sich eine größere Anzahl an der Submission beteiligen könnten und nicht, wie bisher, nur 2 oder 3 Firmen.

Das Projekt wird genehmigt. Das Abkommen mit Herrn Rentner Karl Peters, betr. Regelung der Verkehrsleistung zu den Kosten der Freilegung und des Ausbaues der Straße „Am Paulinenschloßchen“, wird auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtvordneter Schwank) genehmigt.

Über die Schlußabrechnung für den Kurhaus-Neubau berichtet Stadtvordneter Hildner namens des Bauausschusses. Die Gesamtkosten für den Hauptbau betragen 5 211 184 M. 64 Pf., für die Nebenanlagen 528 377 M. 84 Pf., insgesamt also 5 739 561 M. 98 Pf. Nachzubehaltenden sind noch 45 555 M. 30 Pf. Die Veranlagung gibt dazu ihre Genehmigung. — Stadtvordneter Gerhards fragt bei dieser Gelegenheit, ob einem jüdischen Beamten für die Prüfung dieser Rechnung während seiner Dienststunden 1000 M. gegeben worden seien. Dem Magistrat ist davon nichts bekannt. — Beigeordneter Petri und Oberbürgermeister Gläffing bemerkten, es handle sich hier vielleicht um Gratifikationen, die nach Fertigstellung des Baues gezahlt werden würden.

Der Austausch von Gelände an der Friedrich-Otto-Straße und am Dambachtal mit der Frau Sophie Herz Wee wird auf Antrag des Finanzausschusses (Referent: Stadtvordneter Ochs) genehmigt. Diese verläuft 2 Ar 84 Quadratmeter an die Stadt und die letztere an Frau Herz 26 Quadratmeter unter Festsetzung des Rentenpreises auf 1000 M.

Die Abänderung des Ortsstatuts für die gewerbliche Fortbildungsschule, wonach für Damenschneiderinnen und Nähmaschinen die Schulspflicht festgesetzt wird, wird auf Antrag des Organisationsausschusses (Referent: Stadtvordneter Gläffing) genehmigt.

Über die Vorlage, betr. Besetzung einer Anzahl nichtangestellter Techniker und Bureauhilfsarbeiter von der israelischen Angestelltenversicherung, referiert namens des Organisationsausschusses Stadtvordneter Dr. Fresenius. Der Magistrat entspricht damit einem von der Stadtvordneter-Versammlung geäußerten Wunsche, den Kreis der damals Betreuten zu erweitern. Es sind jetzt 29 in den berichteten Zweigen der Stadtverwaltung Beschäftigte. — Stadtvordneter Andres regt die Anstellung der über 5 Jahre bei der Stadt beschäftigten und über 55 Jahre alten Beamten auf Lebenszeit an. Darüber entspringt sich eine sehr lebhafte und sehr lange Debatte, an der sich Bürgermeister Travers, die Stadtvordneter Siebert, Fink, Dr. Fresenius, Hildner, Warner, Gerhardt und Baumhach sowie Oberbürgermeister Gläffing beteiligten. Der Referent betont schließlich, das einzige System, das hier befolgt werden sei, daß man die Leute gewähle, von denen angenommen werde, daß sie von der Stadt dauernd beschäftigt würden. Das sei der einzig richtige Maßstab.

Daruf wird die Vorlage unbedeutend genehmigt. In den Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule werden die Stadtvordneter Gläffing und Hoffmann, Seerodenstraße 29, und in den Grundtreuenausschuß die Herren H. Kimmell und Stephan Hoffmann gewählt.

Die künftigen Ausschüsse, Deputationen usw. für 1914 werden nach dem Vorschlag des Wahlausschusses (Referent: Stadtvordneter Siebert) gebildet.

Ein Antrag des Stadtvordneters Herz, in die Abdeputation einen Sitz zuzuwählen, wurde abgelehnt. Mit der Schaffung einer neuen Präparatorstelle am Museum erklärte sich das Kollegium auf Antrag des Organisationsausschusses (Referent: Stadtvordneter Fresenius) einverstanden, ebenso mit der anderweitigen Festsetzung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Herren Oberingenieur Spieker und Diplomingenieur Veines bei den Wasser und Lichtwerken infolge der Wahl des Oberingenieurs Schulte zum Stadtrat.

Die übrigen Vorlagen wurden den Ausschüssen überwiesen. Stadtvordneter v. Dreifing führte schließlich be-rechtigte Klage über die im Saale eingetretene Kälte.

Wegen vorgerückter Zeit wird die für die geheime Sitzung vorgesehene Vorlage über Personalveränderungen bei der Haupt- und den Zweigverwaltungen vertagt. Schluß 7 Uhr.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

— **Professur Otto Mänge**, früher lange Jahre Lehrer am hiesigen Realgymnasium, alsdann am humanistischen Gymnasium tätig gewesen und nun seit einigen Jahren hier im Ruhestand lebend, feierte gestern in körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag. Wunderschöne Ehrungen sind dem Jubilar von Seiten seiner früheren Kollegen und Schüler zuteil geworden.

— **Militärisches.** Der kommandierende General des 18. Armeekorps, v. Schenk, wohnte gestern einer Rekrutenbesichtigung der Her bei. Aus dem gleichen Anlaß wird er auch heute hier weilen. Die Kasernen der Her und der 27er sind wegen Anwesenheit des Generals besetzt.

— **Eingaben und Beschwerden bei der Post.** Im Interesse des Publikums macht die Oberpostdirektion Frankfurt a. M. darauf aufmerksam, daß Eingaben und Beschwerden über Angelegenheiten des Betriebsdienstes bei den Post- und Telegraphenanstalten an das beteiligte Post-, Telegraphen- oder Fernsprechamt und nicht an die vorgesehene Oberpostdirektion zu richten sind. Zu diesen Angelegenheiten gehören unter anderem: Anzeigen über Wohnungswechsel, Vollmachterteilungen; Anträge auf Nachsendung oder Abholung von Postsendungen, auf Umtausch verdorbener Postwertzeichen, auf Einführung abgekürzter Telegrammadressen; Anfragen über die Zulässigkeit der Beförderung, Klagen über das Verhalten der Beamten; Beschwerden über Verluste, Verzögerungen und Gebührenüberhebungen. Die Oberpostdirektion befaßt sich mit solchen Angelegenheiten nur dann, wenn Veranlassung vorliegt, gegen die Entscheidung einer Verkehrs-anstalt Berufung einzulegen.

— **Große Auktionsversteigerung.** Im Sitzungssaal 51 des Wiesbadener Landgerichts fand gestern unter Leitung des Obersekretärs Rechnungsrat Wraß eine große öffentliche Versteigerung von bei der Justizhauptkasse in Frankfurt a. M. und den Justizbehörden der Landgerichtsbezirke Frankfurt a. M., Wiesbaden, Limburg und Neuwied ausrangierten Aktenmaterials statt, das im Gewicht von 68 110,35 Kilogramm aufgeschichtet ist. Den Ersteigern ist die ausdrückliche Verpflichtung auferlegt, das Papier lediglich zu Einstandspreisen zu verwenden und nicht aus ihren Händen zu geben. Aus den Akten sind alle Urteile ausgeschlossen, die noch weiter aufbewahrt werden. Etwa 85 Interessenten aus allen Gegenden hatten sich zur gestrigen Versteigerung eingefunden. Für ein Gebot von 4,16 M. für 100 Kilogramm wurde der Firma Philipp Lied u. Sohn hierseits der Zuschlag erteilt. Eine schriftliche Offerte der Firma Kahlenstein u. Vahl, S. m. b. H., in Hannover, die sogar durchschnittlich 5,37 M. für 100 Kilogramm bot, mußte, da die erforderliche Kaution von 500 M. nicht gestellt war, unberücksichtigt bleiben.

— **Meisterprüfungen.** Die Frühjahrmeisterprüfungen im Bauhandwerk (Maurer, Zimmerer und Steinmetze) finden im Februar statt. Die Anmeldungen sind vorher an die zuständigen Vorstehenden einzureichen. Zuständig sind je nach dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort des Prüflings die Königl. Bauräte Brinkmann (Frankfurt a. M., Große Friedberger Straße 23), Tausk (Wiesbaden, Volkseisenbahn) und Weistein (Diez a. d. L.). — Die Frühjahrmeisterprüfungen im Damenschneiderhandwerk werden vom 15. Januar bis 15. Februar abgeschlossen. Die Anmeldungen sind je nach dem Wohnort, bzw. Beschäftigungsort des Prüflings den zuständigen Vorstehenden, Schneidemeistern Adolf Müller (Frankfurt a. M., Goethestraße 15), Jakob Herrchen (Wiesbaden, Goldgasse 13), Karl Bösch (Limburg a. d. L., Solgasse 8) und Ph. Wedel (Dillenburg) einzureichen. Im Zweifel sind in beiden Fällen die Anmeldungen an die Handwerkskammer zu richten.

— **Winters Freud und Leid.** Das herrliche Winterwetter wird von all und jung freudig begrüßt und auch richtig ausgenutzt. Andererseits aber erweist es auch weniger Freude. So schauen die Landwirte mit großer Besorgnis auf ihre vom Schnee entblößten Felder und befürchten, daß der trodene Frost großen Schaden an den in diesem Winter der schneehenden Schneedecke entbehrenden Saaten anrichten werde. Ein bißchen Schnee würden sie mit Freude begrüßen.

— **Die Kälte und die Straßenbahnschaffner.** Herr Dr. Fischenich von hier schreibt uns: „Im „Tagblatt“ wurde in den letzten Tagen verschiedentlich auf die üble Lage der Straßenbahnschaffner hingewiesen, welche vielfach auf offenen Wagen ohne Schutz Dienst tun müssen und daher den Unbilden der Witterung besonders ausgesetzt sind. Hierzu möchte ich folgendes bemerken. Ich habe im Frühjahr 1912 in einer Eingabe an die Königl. Regierung auf diesen Mangel bei der Erbenheimer Linie aufmerksam gemacht und darauf den Bescheid erhalten, die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft sei angehalten worden, die nach Erbenheim laufenden Wagen mit Glasfenstern zu versehen, die Einstellung der Wagen werde baldigt erfolgen. Da die Gesellschaft bis zum November 1912 ihrer Verpflichtung nicht nachkam, sah ich mich zu einer weiteren Eingabe an die Königl. Regierung veranlaßt, welche nun den Erfolg hatte, daß in wenigen Wochen sämtliche Wagen mit den gewünschten Glasfenstern versehen wurden. In ihrem Antwortschreiben auf meine Eingabe erklärte die Königl. Regierung, sie habe die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft angewiesen, auf ihren sämtlichen hiesigen Überlandzügen die laufenden Wagen mit Glasfenstern zu versehen. Leider hat auch diesmal die Gesellschaft es wiederum verstanden, sich von der ihr auferlegten Verpflichtung zu befreien, so daß ich Veranlassung genommen habe, vor einigen Wochen in einer nachmaligen Eingabe an die Königl. Regierung diese Verjämmer-

hervorzuheben und um schleunigste Abhilfe zu ersuchen. Es ist daher wohl anzunehmen, daß nunmehr den berechtigten Ansprüchen des Publikums und Fahrpersonals Genüge geleistet wird.“

— **Das Eis des Main.** Ein hiesiger Leser schreibt uns: „Zu Ihrer Notiz aus Mainz in der Morgen-Ausgabe vom Mittwoch bemerke ich, daß ich bereits am Samstag voriger Woche, nachmittags 3½ Uhr, über den eisbedeckten Main ging, und zwar zwischen Hochheim und Bischofsheim. Die Jugend beider Mainorte machte sich damit an diesem Tage schon ein großes Vergnügen. Ich hatte in Hochheim am Bahnhof über ½ Stunde Wartezeit und machte dieserhalb einen Abstecher zum Main.“

— **Die Staubplage**, eine Folge der andauernden Trockenheit, macht sich immer unangenehmer in unserer Stadt bemerkbar. In der Innenstadt wird durch die alltäglich gründliche Reinigung der Straßen der Plage nach Möglichkeit entgegen gewirkt. In den an der Peripherie der Stadt gelegenen Villenquartieren, besonders denen an der Sonnenberger, der Frankfurter Straße und der Viebrücher Allee, haben die Anwohner und die Spaziergänger unter den vielen Staubwolken, die die vorbeifahrenden Straßenbahn, die Autos und die Fuhrwerke fortwährend aufwirbeln, viel zu leiden. Wegen der herrschenden Kälte läßt sich der Staub natürlich nicht durch Straßenpflanzungen bekämpfen. Andere Möglichkeiten, die mit dem Vorteil der Billigkeit auch den der Widerstandsfähigkeit gegen die Kälte verbinden, scheinen aber noch nicht erprobt zu sein. Wie wäre es denn mit Salzwasserspülungen?

— **Staats- und Gemeindesteuer.** Die Einzahlung der 4. Rate ist im Rathaus, Zimmer 17 (weiße Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben F am 26. und 28. Januar; Zimmer 16 (grüne Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben R am 24., 26. und 28. Januar zu bewirken.

— **Personal-Nachrichten.** Die Wahl des Landrats Augustin von der Landesdirektion zum Stadtrat der Stadt Oberrottenburg hat die kaiserliche Bestätigung gefunden. Aus seiner bisherigen Stellung wird Stadtrat Augustin am 31. Jan. dieses Jahres ausscheiden. — Oberamtsmeister Stahl vom 2. Kass. Infanterie-Regiment Nr. 88 erhielt den Charakter als Rechnungsrat.

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zu: Für die Schöpfenstraße: W. K. 5 M. Für Eppelung bedürftiger Kinder: M. v. S. 8 M. Für Köhlen für Arme: Fräulein E. S. 3 M. aus Holland 10 M. Für Frühstud für Schüler: Frau C. Schw. durch Frau Reiseri 100 M.

### Musik- und Vortragsabend.

Im Auftrag des Kaufmännischen Lehrvereins in Wiesbaden (Lehrvereinsabteilung im Deutschen Handelslehrer-Verband) fand über die „Entstehung und Bedeutung von antiken Instrumenten“ am 17. Januar im „Hotel Vogel“ ein äußerst interessanter Vortrag des Dr. med. Otto Katt. Von berufener Seite wurden die Anwesenden auf die große Zahl und die leichte Verbreitung von antiken Instrumenten aufmerksam gemacht, die dem Mensch idealisch bequemen können und die zum größten Teil auf Übertragungen von Krankeissteinen (Kalterien) zurückzuführen sind. Der fortwährende Stand der medizinischen Wissenschaft ermöglicht zwar eine wirksame Bekämpfung, doch soll der Mensch auch vor allem selbst durch eine getragene Lebensweise und durch gesunde Körperpflege sich vor Anstakungen zu schützen sehen. Die Ausführungen des Redners, die durch Abbildungen wirksam unterstützt waren, fanden reichen Beifall. (Ohne Beschränkung.)

### Aus dem Vereinsleben.

#### Vorberichte, Vereinsversammlungen.

\* Die erste öffentliche Hauptversammlung des „Wiesbadener Unterabteilungsbundes“ (Starbelle) findet heute Sonntag, den 24. Januar, abends 8½ Uhr, im Saale des katholischen Lehrvereins, Luisenstraße 29, statt. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten des Schriftführers und Kassiers die Ernennungswahlen des Vorstandes.

\* Der „Christliche Verein junger Männer“ (Oranienstraße) veranstaltet morgen Sonntag, den 25. Januar, abends 8 Uhr im Lutheraal (nicht Vereinslokal) eine Kaisergeburtstagsfeier bei freiem Eintritt für jedermann. Programm: Rede von Pastor Jung, Aufführung des Deklamatoriums „Deutschlands Söhne“ sowie Vorträge des Männer-Vokalens und gemischten Chors. Soloklavierbegleitung: Mittelschullehrer Loh.

\* Der „Christliche Verein junger Männer Marburg a. M.“ veranstaltet eine Kaisergeburtstagsfeier am Sonntag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Evangelischen Vereinshauses“, Waller Straße 2. Die Festansprache hält Generalmajor a. D. v. Helm; außerdem werden die Harter Verein und Harter Verein Anreden halten. Die Aufführung des Melodramas „Die Martinwand“, die Solovorträge von Fräulein Tilla Wöhring (Soprano), Herrn B. Diehl (Bass) sowie zwei der Feiler entprechende Deklamationen und die Darbietungen des Vokalens- und gemischten Chors werden zur Verherrlichung der Feiler beitragen.

\* Der „Nachverein der Friseurgehilfen Wiesbadens“ hält morgen Sonntag, den 25. Januar, abends 7½ Uhr, im Saale des „Kath. Gesellenhauses“, Seehamer Straße 24, sein 5. Stiftungsfest, verbunden mit Soloklavierkonzerten usw. ab.

\* Der „Wiesbadener Beamtenverein“ begeht Montag, den 26. Januar, abends 9½ Uhr, im Saale der „Wartburg“ die Feiler des Geburtstages des Kaiser. Feilerredner ist Herr Professor Rado von hier. Ferner wirken mit: Herr Fräulein Scheerer, Kapellmeister (Tenor), Herr Ludwig Schotte, Mitglied des Kurorchesters (Violone) und die Gesangsabteilung. — Dienstag, den 3. Februar, abends 8½ Uhr, hält der Verein in der „Wartburg“ seine Monatsversammlung ab.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Wieder.** 23. Jan. Magistratssekretär Karlin von hier, wurde beim Revisionsbureau in Eschbach wurde zum künftigen Rechnungsrat in Reichenbach i. Schl. gewählt.

— **Aus dem Landkreis Wiesbaden.** 19. Jan. Der Landkreis Wiesbaden beschäftigt in seinen Volksschulen 177 Lehrer und 43 Lehrerinnen. An die Alterszulassungen ist insgesamt zu zahlen für Lehrer 122 750 M., für Lehrerinnen 10 402 M. Hieran haben die einzelnen Gemeinden aufzubringen 76 528 M. für Lehrer und 5000 M. für Lehrerinnen. Wiesbad hat zu leisten 34 250 M., Dörfheim 8800 M., Schierstein 6385 M., Pfierstadt 5051 M., Rödheim 4005 M., Sonnenberg 3900 M., Hochheim 2389 M. Orte mit einem Lehrer zahlen 275 M. Unter allen Orten des Landkreises zählt Geornsborn, das keinen Staatszuschlag bezieht, den vollen Beitrag in Höhe von 750 M.

### Kassauische Nachrichten.

4. Hofheim, 21. Jan. Der Gesangsverein „Concordia“ (gegr. 1844) hielt am Sonntagmittag im „Frankfurter Hof“ sein Winterkonzert unter Leitung seines Dirigenten Herrn H. G. Schöne und unter Mitwirkung der Sopranistin Fräulein D. Loesch (Frankfurt) und des Tenors H. G. Bauer (Frankfurt). Der Saal war dicht besetzt und das zahlreich Publikum folgte mit großem Interesse den hübsch geordneten Vorträgen. Als Anfang und Beendigung machte sich recht ansehend der von seinem Dirigenten dem Verein gewidmete Sängerkreis; ihm folgte „Athena“ von Meyer von Rosen und noch andere Chöre. Der Dirigent brachte alle Chöre recht ansprechend durch. In Fräulein Loesch war eine Sopranistin genannt, die es versteht, die Hörer zu erfreuen. Ihre Vorträge wurden von den Zuhörern beifällig aufge-

nommen. Als Solist für Cello wirkte Herr G. Bauer das Publikum ebenfalls zu gewinnen. Ein hübsches Duett bot noch der Verein und auch ein Tenorsolo war bei Herrn Burdardi in besten Händen. Jedenfalls lieferte der Verein im ganzen recht Annehmendes.

Dillenburg, 21. Jan. In der Stadtverordneten-Versammlung wurde einer Regierungsvorlage auf Befreiung der Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Volksschule von der Krankenversicherungspflicht zugestimmt. Einem Antrag auf Überlassung eines Raums in dem Volksschulgebäude zur Räumung von „Wandervögeln“ kann zurzeit noch nicht entschieden werden, da der Schulbau noch unvollständig ist. Diesen Touristen sowie den Mitgliedern der „Deutschen Schüler- und Studentenherberge in Hohenelbe“ soll Ermäßigung zum Eintritt in den Wilhelmsturm gewährt werden. In sechs weiteren Positionen machte der Magistrat als Vorbereitung zur Stadtberatung Vorlage von außerordentlichen Vorprojekten: Kanalisierung der Wilhelmstraße, Ausbau der Herstraße, Herstellung des Bürgersteigs an der Hohl, Errichtung einer Badeanstalt für Volksschüler, bauliche Verbesserungen am Wilhelmsturm, Instandsetzung des Paradeplatzes, Hochüberhöhung der Markbach. Sämtliche Projekte wurden an Kommissionen verwiesen. Auf Antrag der Stadtverordneten Dr. Dönges und Weidenbach wird jedoch einstimmig die Kanalisierung der Marktstraße und der mittleren Hauptstraße und damit deren Pflasterung vor jenen Projekten gewünscht und für die diesjährige Stadtvorlage des Magistrats erwartet.

Aus der Umgebung.

Koblenz, 23. Jan. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung zweier Offiziere, darunter eines Hauptmanns, gegen die ein militärgerichtliches Verfahren schwebt. Es handelt sich um Familienangehörigen, die in bürgerliche Kreise hineinspielen. Eine zivilgerichtliche Verhandlung war bereits vorausgegangen. (Frankf. Stg.)

Neues aus aller Welt.

Ein Kind von einem Wiesel lebensgefährlich verlegt. Paris, 23. Jan. In Bourbon-Lancy entkam ein für zehn gebildetes Wiesel aus seinem Käfig. Wang auf ein allein in der Stube in seiner Wiege liegendes 1 1/2-jähriges schlafendes Kind und biß ihm die Kehle durch. Das fürchterliche Geschrei des Kindes rief Nachbarn herbei, die die verschlossene Tür gewaltsam sprengten und das schwerverwundete Kind von dem gierig sein Blut saugenden kleinen Raubtier befreien konnten. Man zweifelt an dem Aufkommen des Kindes.

Sieben Millionen Spielschulden. Paris, 23. Jan. Der Herzog von Montpensier hat vor dem hiesigen bürgerlichen Gericht das Entmündigungsverfahren gegen seinen Sohn, den Prinzen von Lannoy-Charante, eingeleitet, weil er ein unbefähigter Spieler ist. Sein Vater hat nach seiner Verheiratung 1907 zum erstenmal 4 Millionen und vor kurzem zum zweitenmal weitere 3 Millionen Spielschulden für ihn begeben. Der Gerichtshof sprach nach Kenntnisnahme von diesen Tatsachen die Entmündigung des Prinzen aus.

Schadenersatz eines Langsichters gegen einen Gelehrten. Paris, 23. Jan. Der Langsichtige „Professor“ Stielon, einer der Lehrer des Lyceum, die von der Mode am meisten begünstigt wurden, hat den fähigen Beschluß gefaßt, der Kardinal-Erzbischof Amet von Paris auf 100 000 Fr. Schadenersatz zu verklagen, weil er durch seinen bekannten Hirnenbrief den Gläubigen den Lyceum als schlaftriefen und unglücklichen Lyceum begeben hat. Der Langsichtige erklärt sich durch diesen Hirnenbrief in seinem Erwerb schwer geschädigt, da er, der im vergangenen Jahre über 100 000 Fr. mit seinem Lyceumunterricht verdiente, nun seine vornehmste und freigestellte Nahrung infolge des kirchlichen Verbots verloren hat.

Die neue Zaberndebatte im Reichstag.

Gegen den Kanzler und den Kronprinzen. — Umfall des Zentrums. — Rückzug der Nationalliberalen.

Berlin, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Ein zu Dreiviertel besetztes Haus, überfüllte Tribünen. Ein reicher Flor von Staatssekretären, Bundesratsvollmitgliedern und Geheimräten. In der Hofloge der künftige Fürst von Albanien, so sah der äußere Rahmen bei der neuen Zaberndebatte aus. Von der Donnerwetterstimmung am 3. und 4. Dezember ist heute nur noch ein wenig Wetterleuchten übrig geblieben. Eigentlich war es nur der Abgeordnete Dr. Frank, der auf das Gebiet der hohen, höchsten und allerhöchsten Politik übergriff. Alle anderen Redner, der Kanzler voran, waren ängstlich bemüht, die Frage des Tages als eine formaljuristische zu behandeln und das eminent Politische auch der Straßburger Urteile nur leise und schüchtern anzurühren. Die ganze Wucht seiner Anklage richtete Herr Frank gegen die Kamarilla und dagegen, daß der Kronprinz, der künftige deutsche Kaiser, in intimer Freundschaft mit den Beratern der Verfassung und Staatsrecht- und Kriegshesern stände. Hier war es, daß es zum erstenmal einen kleinen Sturm gab, einen Sturm begeisterter Zustimmung auf der Linken, einen Sturm der Entrüstung auf der Rechten. Auch der Reichskanzler zeigte sich offenbar sehr entrüstet und in der kurzen scharfen Protesterklärung, die er unmittelbar nach der Frank'schen Rede gab, zitterte und bebte er vor Erregung. Der zweite Interpellant Abgeordneter v. Eißt führte von vornherein ruhig, aber mit schlagenden Ausführungen vor allen Dingen den Nachweis, daß die Kabinettsorder von 1820 unmöglich Gesetzeskraft haben könne, für Preußen nicht und unter keinen Umständen für Elsaß-Lothringen. Auch hätten alle Rechtsmittel eingelegt werden müssen. Im Falle des Obersten v. Reuter sei nicht zum geringsten der Dolus eventualis vorhanden gewesen.

Die Kanzlerrede, die dann kam, war namentlich in ihrem ersten Teil außerordentlich geschickt, nur nicht immer ganz klar, und daß das ganze Haus sie im ersten Teile mit auffälliger Ruhe anhörte, ist vielleicht auf diesen Mangel an Klarheit zurückzuführen. Herr v. Bethmann-Hollweg unterscheidet zwischen der Kabinettsorder von 1820 und der Instruktion von 1899, die auf jene Kabinettsorder Bezug nehme. Die Kabinettsorder sei noch nicht ange-

wendet worden. Die Instruktion von 1899, die niemals geheim gewesen sei, habe aber Oberst v. Reuter maßgebend sein müssen. Die vom Kaiser zugesicherte Nachprüfung der Dienstvorschriften von 1899 sollte beschleunigt werden und dabei auf eine Vereinheitlichung für alle militärischen Kontingente hingewirkt werden. Vor allem hat der Kanzler, nicht länger in der Wunde herumzuzwühlen, sondern die Wunde zu heilen. Darum forderte er für Elsaß-Lothringen eine einheitliche und vor allem feste Verwaltung. Darum protestierte er aber auch mit Recht ausdrücklich, wie man zugeben muß, gegen die Exzesse des Preußenbundes und die Beschimpfungen der bayerischen Armee, die allerdings im wesentlichen auf Mißverständnisse zurückgeführt werden müßten. Den Schluß der Kanzlerrede bildete ein heftiger — wie uns scheinen mag — gar nicht nötiger Vorstoß gegen die Sozialdemokratie, der der Kanzler zu ihrem heutigen Antrag, insbesondere aber den letzten Urteilen im „Vorwärts“ sagte, die Sozialdemokraten möchten sich bei ihrem Zentralorgan für diese und andere politische Unrichtigkeiten bedanken. Tatsächlich arbeiteten die Sozialdemokraten auf eine Befreiung der kaiserlichen Kommandogewalt, auf eine Demokratisierung des Heeres hin.

Der Kanzler hatte offenbar mit dieser Attacke auf die Sozialdemokratie und seinen patriotischen Worten sich bei der äußersten Rechten wieder anzubiedern versucht, aber diese Herren blieben kalt und ungerührt. Mitten in der patriotischen Rede hatte der Kanzler übrigens der Presse, und zwar nicht nur der sozialdemokratischen, sondern auch der bürgerlich-radikalen, den Vorwurf gemacht, sie beziehe die Waffen ihrer Opposition aus dem Ausland, nachdem sie selbst zuvor diese Waffen dem Ausland geliefert hätte. Das ist eine unerhörte, sachlich völlig falsche und unbegründete Behauptung, die auf das entschiedenste zurückgewiesen werden muß. Trotz des minder geschickten Abganges fand die Kanzlerrede wenigstens bei den beiden ersten Rednern, die nach ihm kamen, einen ganz anderen Resonanzboden als neulich.

Herr Fehrenbach vom Zentrum war in seiner Rede weit mehr gelinder als bei der ersten Zaberndebatte und gab zu, daß die Zivilgewalt im Elsaß nicht auf der Höhe gewesen sei und daß zum mindesten nicht allein das Militär an dem Konflikt die Schuld trage; vielleicht sollte es kein „Umfall“ sein, aber zum mindesten hatte man doch den Eindruck, daß heute Herr Fehrenbach in den badiischen Oppositionskreisen viel königlich-preussischen Eßig gegossen habe.

Auch die Bossermann'sche Rede war lange nicht so scharf wie neulich. Der nationalliberale Parteiführer versicherte, was man übrigens auch von der Fortschrittlichen Volkspartei für sich in Anspruch nehmen wird, daß von den immer bewilligungsfreudigen Nationalliberalen von einer Gegnerschaft gegen das Militär nicht die Rede sein könne und daß das Mißtrauensvotum sich weder gegen das Heer, noch gegen die Regierung gerichtet habe. Nur an jenem Unglückstage seien die Zivilbehörden nicht zeitig und energisch genug eingetreten.

Der Herr Grafen Westarp Rede hatte dann freilich etwas Konjarenhaftes an sich. Es war eine scharfe Verteidigung der konservativen Heypolitik und zugleich eine deutliche Abjürückung des Elsaß-Lothringens, von dem nun mit einem Male auch die Konservativen nichts mehr wissen wollen. Eine kleine Spitze gegen den Reichskanzler konnte sich der Herr Graf nicht verkagen. Er fand, daß auch die heutige Kritik des Preußenbundes über die zulässigen Grenzen hinausgegangen sei.

Dann rief noch unter jubelnder Heiterkeit des ganzen Hauses Herr Schulz von der Reichspartei den Reichskanzler zu einer Nachprüfung der Elsaß-Lothringens Verfassung auf und der Antisemit Herzog brach auch seinerseits eine Lanze für die Armee, der in den Reichslanden übel mitgespielt worden sei.

Herr Ledebour, der nun in der siebten Stunde an die Reihe kommen sollte, war es zu spät. So erhielt noch Raumann das Wort. Er beklagte zunächst, daß im Reichstag kein Vertreter der effizienten Regierung das Wort genommen. Dem Obersten von Reuter und den Seinen gebühre das Verdienst, daß sie den Elsaßern erst das Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Interessen eingepflanzt haben. Indessen fürchtete er, daß die angekündigten Reformen nichts anderes sein würden als eine rückwärts drehende Maschine. Tatsächlich habe es in Zabern nur so aus dem Wald herausgeholt, wie man hinein gerufen habe, und in ganz Süddeutschland wäre es in demselben Falle genau so gegangen. Mein durch Paragrafen, durch juristische Deduktionen und Kompetenzstreitigkeiten lasse sich die ganze Frage nicht beantworten. Es sei eine Seelenfrage und die Hauptsache sei Achtung vor dem Menschen, auch wenn er nur ein Zivilist, auch wenn es nur ein Elässer ist.

Raumanns Rede, eine rhetorische Glanzleistung, wie sie der Reichstag seit Jahren kaum erlebte, war von großem Eindruck. So gab es am Schluß der Sitzung, die bis dahin reichlich stimmunglos gewesen war, wenigstens noch einen Lichtblick. Der Reichskanzler hatte die Raumann'sche Rede leider nicht mehr gehört. Für ihn hatte offenbar bereits die — „schlaflose Nacht“ angebrochen. Herr Ledebour aber war während der Raumann'schen Rede doch wieder anderen Sinnes geworden und bestieg um 7 Uhr mit einem dicken Manuskriptbündel bewaffnet nun doch noch die Rednertribüne. Es war die übliche Rede. Nur diesmal vor völlig leeren Bänken.

Sitzungsbericht.

Fortsetzung des Drahtberichts in der gestrigen Abend-Ausgabe.

Abg. Dr. v. Eißt-Glogau (Op.)

führt zur Begründung der fortschrittlichen Interpellation aus: Wir haben nicht die Absicht, die letzte Zaberndebatte zu erneuern. Wir haben keinen Anlaß, von unseren damaligen Ausführungen etwas zurückzunehmen. Unsere heutige Haltung wäre genau so wie damals. Die ganzen ungeheuerlichen Zustände sind hervorgerufen worden durch lächerliche Geringfügigkeiten, die mit Leichtigkeit hätten beseitigt werden können. Charakteristisch ist die Haltung der beiden Elsaß-Lothringischen Kammern. Die Angriffe des Herrenhauses auf den Reichstag hat der Präsident mit würdigen Worten zurückgewiesen. Ebenso bedauerlich wie diese Angriffe ist die Kundgebung des Preuentages, der wieder die Mainlinie gezogen hat, der einen Gegensatz hervorrief zwischen dem deutschen Norden und Süden, der die Erinnerung an den großen Krieg vergällte und vergiftete. Das sind die Folgen des Verschens der Militärbehörde, die den kleinen Leutnant nicht rechtzeitig zurückgewiesen hatte.

Der schwerste Fehler war aber, daß der Kriegsgesichtsherr auf Einlegung der Rechtsmittel verzichtet hat.

Oberst v. Reuter ist vom Staatsanwalt darauf aufmerksam gemacht worden, daß sein Vorgehen ungesetzlich war. Dennoch ist er vorgegangen. Das Volk verzicht nicht, weshalb nicht die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts angerufen worden ist. Nun zu der Frage, ob die Kabinettsorder von 1820 gültig ist. Wenn militärische Vorgehensmittel mit Zivilpersonen zu tun haben, so gelten nicht die Militärdienstvorschriften, sondern das in den betreffenden Orten geltende Recht, also für Elsaß-Lothringen das Reichsrecht, bezw. das Reichsstrafgesetzbuch. In den Kreisen unserer Offiziere ist leider die Ansicht verbreitet, daß für sie andere Vorschriften über die Notwehr gelten als für die Zivilpersonen. So weit nicht besondere Gesetze und Ausnahmestimmungen bestehen, hat das Militär nicht das Recht, in die Befugnisse der Zivilverwaltung selbständig einzugreifen, wenn es sich um Unterdrückung von inneren Unruhen handelt. Das ergibt der Kore Vorlaut der Reichsgesetzgebung, die für das Reichsland Gültigkeit hat. Es wird auch dem Obersten v. Reuter recht schwer geworden sein, die alle Kabinettsorder auszufragen. Ich habe sie nur mühselig herausgefunden.

Sehr charakteristisch ist es für die Verhältnisse unseres Militärrechts, daß Bestimmungen angewendet werden, die niemand mehr kennt.

Auch wenn diese Kabinettsorder noch gültig ist, so hat Oberst v. Reuter doch gesetzwidrig gehandelt. Es handelt sich bei dem Vorgehen um eine Reihe von Gesetzeswidrigkeiten, von gewaltsamen Durchführungen von Befehlswidrigkeiten. Das sind unerträgliche Zustände. (Lebhafte Wehr richtig!) Das Ansehen der Militärbehörde in Elsaß-Lothringen hat zweifellos nicht zugenommen. (Sehr richtig!) Bei der Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland hat man den Fehler gemacht, daß man es nicht einem anderen Staate einverleibt oder einen selbständigen Bundesstaat daraus gemacht hat. Das letztere ist auch heute noch möglich. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Grenze zwischen den Befugnissen der Militär- und der Zivilverwaltung festsetzen soll. Dabei sind wir an die äußerste Grenze gegangen, um die militärischen Befugnisse nicht zu beschneiden. In der Kommission kann er weiter ausgebaut werden. Wir wollen, daß unser Heer ein Volksheser im wahren Sinne des Wortes ist. Dem Preuentag sprechen wir das Recht ab, Reiter des Preußengeistes zu sein, der Preußengeist ist viel besser.

Die Einheit zwischen Nord und Süd, zwischen Militär und Zivil bald herzustellen, das ist der Zweck unserer Interpellation und unseres Antrages. (Lebhafte Beifall bei den Fortschrittlichen.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg:

Meine Herren! Ich knüpfe zunächst an die Ausführungen des letzten Herrn Vorredners an, daß Klarheit darüber bestehen muß, in welchem Falle das Militär bei Unruhen eingreifen hat. Das Militär hat daran ein gleiches Interesse. Der Grundsatz, daß das Militär regelmäßig erst nach Requisition der Zivilbehörden eingreifen hat, ein verfassungsmäßiges Recht, sowie ich sehe, an den Bundesstaaten. Das ist ausnahmsweise einer Requisition nicht bedarf, ist von der preussischen Verfassung ausdrücklich und prinzipiell anerkannt worden, denn sonst hätte sie sich nicht ein besonderes Gesetz darüber vorbehalten können. Dieses Gesetz ist tatsächlich nicht erlassen. Es entsteht die Frage, ob aus dem Fehlen dieses Gesetzes geschlossen werden muß, daß Militär niemals unter keinen Umständen eingreifen darf, wenn es an einer Requisition der Zivilbehörde fehlt. Meine Herren! Von den im Reichsgesetz vorgesehenen Fällen der Selbsthilfe und Selbstvertheidigung brauche ich nicht zu sprechen. Aberall, wo die Voraussetzungen der Notwehr und des Notstandes im Sinne des Strafgesetzbuches und des Bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen, ist es unbestritten, daß das Militär ebenso gut wie jeder andere berechtigt ist, alle zur Abwendung eines Angriffes, zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Handlungen innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Grenzen vorzunehmen. Ferner kann ich natürlich ausschließen die gesetzlich geregelten Fälle des Kriegs- und des Belagerungszustandes. Das ist jetzt ein Punkt, den Herr Abgeordneter von Eißt selbst berührt hat, daß dem Militär auch ohne besonderes Gesetz das Recht zugestanden werde, selbständig einzugreifen, wenn es sich um Befreiung von Hindernissen handelt, die sich ihm bei Ausführung der staatshöchheitlichen Funktionen, bei militärischen Übungen und auf Posten u. s. w. entgegenstellen. Die Berechtigung dazu folgt aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen und da, meine Herren, wird dem Militär das Recht zugestanden werden müssen, auch ohne Requisition der Zivilbehörden selbständig einzugreifen, wenn die Zivilbehörde überwältigt oder aus anderen Gründen außerstande ist, die Requisition zu erlassen. Dieses Recht, das auch im Staatsrecht ausdrücklich anerkannt ist, beruht auf dem Gedanken, daß der Staat seine Existenz selbst in Frage stellen würde, wenn er auf dieses Recht verzichten wollte, zur Abwendung einer dem Bestand des Staates, der Grundlage des Staatswesens drohenden Gefahr mit allen Kräften entgegenzutreten und zu seinem eigenen Schutz die ihm zur Verfügung stehende Kraft der bewaffneten Macht anzuwenden. Meine Herren! Ich glaube, daß ich hiermit ganz klar die Lage umschrieben habe.

die sich aus den Folgen des Gesetzes und der allgemeinen Rechtsgrundlage ergibt. Die Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung bei der Unterdrückung von Unruhen, die ja durch die Zäbener Vorgänge in den Vordergrund gerückt worden ist, diese Vorschrift ist ein für den Dienstgebrauch des preussischen Militärs und der ihm angehörenden Kontingente bestimmte Zusammenstellung der Fälle, in welchen das Militär befugt sein soll, einzuschreiten.

Dass der Oberst von Reuter diese Instruktion auf ihre Rechtsgültigkeit nicht nachprüfen hatte, darüber besteht wohl heute kein ernsthafter Streit mehr.

Die Angriffe richten sich dagegen, daß die Instruktion von 1899 der notwendigen gesetzlichen Grundlage entbehrt, und zwar dort, wo sie die Kabinettsorder vom 1. November 1890 angeht. Man streitet über die Gesetzeskraft dieser Order. Meine Herren! Nach meinem Dafürhalten geht dieser Streit an dem Kern der Sache doch einigermassen vorbei. Die Kabinettsorder von 1890, soweit sie in die Instruktion von 1899 übernommen worden ist, regelt zunächst das Verhalten des Militärs für den Fall, daß es von der Zivilbehörde requiriert worden ist, also für den später von der Verfassung aufgestellten gesetzlichen Fall. Weiterhin bestimmt die Kabinettsorder von 1890, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörde nicht requirieren konnte, weil sie überwältigt war oder aus anderen Gründen außerstande war, die Requisition zu veranlassen. Insofern kann die Rechtsgültigkeit der Instruktion von 1899 in keiner Weise rechtlich angefochten werden und darin werden mir auch die Herren, die die Interpellation v. Payer unterschrieben haben, wie ich aus dem Wortlaut der Interpellation schließen möchte, nicht widersprechen. Die Kabinettsorder von 1890 bestimmt dann weiter, daß das Militär auch ohne Requisition der Zivilbehörde einschreiten dürfe, wenn die Zivilbehörde mit der Requisition zu lange zögerte, während ihre Kräfte nicht mehr ausreichten. Ob auch diese Vorschriften in Verfassung und Gesetz die notwendigen Grundlagen finden, darüber ist der Streit entstanden. Bis hier, seit Bestehen, seit 1890, ist diese Vorschrift, soweit ich sehe, niemals angefochten worden und vor allem, meine Herren,

diese Vorschrift ist in der ganzen Zeit bis auf den Fall in Zabern niemals praktisch angewendet worden.

(Unruhe und Heiterkeit.) Diese Vorschrift der Kabinettsorder von 1890 ist gleich den übrigen Vorschriften in die Anwendung von 1899 übernommen worden. Diese Dienstweisung ist niemals der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Von der Heimlichkeit, von der Herr Abg. Dr. Frank gesprochen hat, ist absolut keine Rede. Nun hat das Kriegsgericht in Straßburg es als ungewiss hingestellt, daß die Dienstweisung von 1899 für das Militär unbedingt rechtsverbindlich ist. Zu einer Prüfung der Frage, ob die Kabinettsorder von 1890 Gesetzeskraft hätte, ist das Kriegsgericht überhaupt nicht gekommen, denn die Frage, ob der Oberst v. Reuter strafbar oder straflos ist, hing rechtlich lediglich von der Frage ab, ob sein Vorgehen durch die Dienstinstruktion von 1899 gedeckt wäre. Meine Herren! Aus demselben Grunde würde auch bei der Verurteilung des Revisionsgerichts sich niemals mit der Frage der Rechtsgültigkeit der Kabinettsorder von 1890 zu befassen haben. Nachdem nunmehr infolge der Vorgänge in Zabern und infolge der Erörterungen, welche sich daran geknüpft haben, die Frage aufgeworfen worden ist, ob diese Bestimmung der Kabinettsorder von 1890 in Verfassung und Gesetz und allgemeinen Rechtsgrundsätzen die nötige Unterlage findet, hat Seine Majestät der Kaiser sofort befohlen, zu untersuchen, ob die Bestimmungen der Dienstweisung, welche sich auf das hier besprochene rekrutationsähnliche Einschreiten des Militärs beziehen, in ihrer Fassung klar und zweifelsfrei den allgemeinen Rechtszustand wiedergeben. Meine Herren!

Diese Prüfung ist im Gange! Sie wird mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden und mit ihrem Ergebnis wird die Anweisung von 1899 in Einklang gebracht. Damit ist alles geschehen, was zurzeit überhaupt geschehen kann. (Widerspruch links.) Meine Herren! Ich hoffe, es wird bei dieser Gelegenheit möglich, unter den Dienstweisungen für die verschiedenen Kontingente angehörenden Truppenteile im Reichslande eine Vereinigung in allen wesentlichen Punkten herbeizuführen, wie dies geschehen muß. Meine Herren! Auch auf den geschichtlichen Vorgang will ich bei dieser Gelegenheit noch aufmerksam machen. Im Jahre 1850 und 1851 hat das preussische Staatsministerium verhandelt über den Erlaß eines Gesetzes, das in der preussischen Verfassungsurkunde bereits für die Fälle vorgesehen wurde, wo das Militär ausnahmsweise ohne Requisition dazu übergehen könne, einzuschreiten.

Das Staatsministerium des preussischen Staates ist damals nach eingehenden Verhandlungen zu der Überzeugung gekommen, daß ein Gesetz, wie es der Verfassung vorzuschweben schien, nicht möglich ist, und hat infolgedessen von dem Erlaß eines solchen Gesetzes Abstand genommen. Bei dieser Frage ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Fälle des staatlichen Notstandes, die hier in Frage stehen, sich einmal erschöpfen und für alle Fälle eintretende Feststellungen in einem Gesetz enthalten; die Voraussetzung, unter der die Zivilbehörden überhand gefest würden, die Requisition zu unterlassen. Meine Herren, die Feststellung dieser Fälle läßt sich nur unter Verdrückung aller Einzelheiten des besonderen Falles vornehmen, und von diesem Grundsatze aus, von dem Grundsatze, daß ein Gesetz nur allgemeine Grundsatze werden feststellen können, daß es nähere Instruktionen für die einzelnen Fälle bedürfen werde, ist das preussische Staatsministerium davon ausgegangen, ein Gesetz zu erlassen. In Abereinrichtung hiermit sind dann die Dienstweisungen von 1851, 1851, 1853 sowie die Vorschrift von 1899, die in den letzten Tagen so viel besprochen worden ist, herausgegeben worden. Meine Herren, ich meine,

einerlei, ob Gesetz oder Instruktion, wo Zweifel bestehen, muß und wird — das wiederhole ich — unter allen Umständen Klarheit geschaffen werden.

Meine Herren, draußen im Lande, da sucht man die Bestimmungen dieser Instruktion als ungeheuerlich hinzustellen, als ein Beweis für ein herrschendes Sabelregiment. Wenn aber ein Sabelregiment vorhanden wäre, dann hätte wohl die Armee von dem ihr zühenden Rechte Gebrauch gemacht. Und ich wiederhole, das ist hier der einzige Fall, wo die streitigen Bestimmungen angewandt worden sind. Meine Herren, das Volk wird die all-

seitigen Übertreibungen nicht verallgemeinern. Ich weiß, der Fall hat so trübe Blüten aufgewühlt (Sehr richtig!), daß ganze Generationen darin ertrinken können. Von den Verhältnissen im Reichslande will ich im einzelnen nicht sprechen. Daß dort viel geschehen muß, um wieder zu normalen Zuständen für das Land und das Reich zu kommen, ist unstrittig und wird geschehen. Aber einer Auffassung muß ich entgegenreten, das ist die Auffassung, daß der Zäbener Fall typisch sei für die Verhältnisse im Reichslande. Ich habe schon bei der Beantwortung der Interpellation darauf hingewiesen, daß es dort Vorkommnisse waren, welche den ersten Anstoß gegeben haben, daß persönliche Unstimmigkeiten vorgelegen haben, eine Tatsache, die jetzt durch das Kriegsgericht bewahrheitet worden ist. Ich glaube, man erweist weder dem Reiche noch dem Lande einen Dienst, wenn man aus den Zäbener Vorgängen einen anderen als den allgemeinen Schluß zieht,

daß die Reichslande nur unter einer ruhigen, einheitlichen und gerechten, aber festen Verwaltung stehen können.

(Lebhafte Beifall.) Die nervöse Stimmung, in der sich ein Teil der Nation in den letzten Wochen befindet, ist schließlich in dem Versuche zum Ausdruck gekommen, einen Partikulargegensatz zwischen Nord und Süd zu konstruieren. Dieser Versuch muß in dem Keime erstickt werden. (Lebhafte Beifall.) Der Bayer, der Franke, sieht mit anderen Augen und ist mit anderen Stimmungen erfüllt als der Preuze und der Nordländer. Ein jeder ist eifrig darauf bedacht, seine Stammeigenart mit all ihren Vorzügen und auch mit all ihren Schwächen zu verteidigen, der Süddeutsche so gut wie der Norddeutsche. Aber, meine Herren, wohin soll es führen, wenn man sich immer wieder gegenseitig diese Vorzüge und diese Schwächen vorhält? (Sehr richtig!) Dadurch können mißliebige Bestimmungen hervorgerufen werden. Wir haben es ja in den letzten Tagen gesehen, wie wieder einmal schwere Ereignisse herangezogen werden auf Grund von Mißverständnissen. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.) Meine Herren, Sie können versichert sein, kein Deutscher könnte so stolz auf sein Volkstum sein, wenn wir nicht das einzige Reich hätten. Meine Herren, das Beste, was jeder Deutsche fest in sich fühlt, in haalichem Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichtbewußtsein, das ist gerade gut genug für das Reich, das unsere Väter in treuer Kameradschaft mit ihrem Blute erstritten haben. (Lebhafte Beifall.) Meine Herren, alle haben in der gleichen Begeisterung, in der gleichen Hingabe und mit der gleichen Tapferkeit,

auch die bayerische Armee, von der jetzt in den letzten Tagen die Rede seit den Verhandlungen des Preuentages war, ihre Pflicht getan. Die Schlachtfelder von Wörth, Weihenburg und Wazulles, das blutige Ringen um Orleans betündet genug, was die bayerischen Soldaten im Jahre 1871 geleistet haben. (Lebhafte Beifall.) Wir wissen, daß unsere Väter in treuer und tapferer Kameradschaft zusammengekämpft haben, wie in gleicher Begeisterung, Hingabe und Tapferkeit die bayerische Armee mit der übrigen die Schlachten des siebzehnjährigen Krieges geschlagen hat. Wir wissen, daß es König Ludwig von Bayern war, der dem König von Preußen die Kaiserwürde angeboten hat, wir wissen, daß das bayerische Volk mit seinem König zusammenarbeitet in Treue und Liebe zum Reich, zusammenarbeitet wie alle anderen Stämme. Der nationale Reichsgedanke, der in der bayerischen Armee in ebenso sicherer Hut wie am Neckar, am Rhein und an der Remei ist,

dieser nationale Reichsgedanke allein ist es, der uns in Zeiten, über die sich kein deutscher Mann freuen kann, über die politischen Parteigegensätze hinweghelfen kann.

(Beifall.) Ebenso entschieden, wie Sie hier im vorigen Monat Ihre Meinung kundgegeben haben, ebenso entschieden rechne ich darauf, daß Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß es nicht mehr gut ist, in der Wunde herumzuzwahlen, sondern daß es gilt, diese Wunde zu heilen.

(Lebhafte allseitige Zustimmung.) Nur eine einzige Partei wird dem nicht zustimmen. Sie wünscht, die Zäbener Vorfälle weiter auszunutzen und für ihre weitergehenden Ziele zu mißbrauchen. Das geht nicht nur aus der Rede des Herrn Abgeordneten Frank, sondern das geht noch deutlicher aus der sozialdemokratischen Presse hervor. Ein halbes Jahr, nachdem das Volk die größte Heeresvermehrung, die je da war, als notwendig erlirnt und willig auf sich genommen hat, verlangen die Herren von der äußersten Linken nichts Geringeres als die Abschaffung der Militärgerechtigkeit, die umstürzende Demokratie des Heeres, die Beseitigung der kaiserlichen Kommandogewalt, die Schaffung eines demokratischen Volksheeres, das Militärsystem. Meine Herren, das ist das Programm, das der „Vorwärts“ aufgestellt hat, begleitet von wüsten Schmähungen gegen das Bürgerthum. (Große Unruhe bei den Soz.)

Als ich vor einiger Zeit sagte, das Bestreben der Sozialdemokratie geht darauf hinaus, die kaiserliche Gewalt unter den sozialdemokratischen Joch zu beugen, da hat man das vielfach als ein billiges Schlagwort abgetan. (Zurufe bei den Soz.) Nun, worauf geht das vom „Vorwärts“ seinen Lesern aufgetragene Programm anders hinaus? (Sehr wahr! rechts.) Aber es ist gut, meine Herren, daß Sie mit Ihren Plänen für die Zukunft offen herauszutreten. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Jawohl, meine Herren, lassen Sie mich aussprechen, daß dem Lande die Augen darüber geöffnet werden, wo die Reize hingehen soll unter Ihrer Führung.

Jahren Sie so fort, halten Sie nicht hinter dem Berge mit Ihren Plänen für unser Volkstheer. Denn darin verheißt der Deutsche keinen Spah.

(Zurufe bei den Soz.) In der sozialdemokratischen Presse werden die Vorgänge in Zabern so dargestellt, als ob sie ein Paradoxon sein sollten. Zwischen dem Militär und der Arbeiterklasse ist ein Gegensatz konstruiert worden, um die soziale Frage als militärische Frage auf der Straße zu lösen. Auch diese Aufreizung der Arbeiterklasse hat im „Vorwärts“ gestanden. (Zurufe bei den Soz.) Was haben die Zäbener Vorgänge aber mit der Arbeiterfrage zu tun? (Lachen bei den Soz.) Erstens sollte eine Verteidigung des eigenen Standesbewußtseins der Uffiziere, Vorkämpfer eine Beschönigung der sozialdemokratischen Verleumdungen unseres Heeres abgeben; dann sucht man den Arbeitern zu suggerieren, daß ihnen von dem Militär Herausforderungen drohen und daß ein blutiger Konflikt zwischen Militär und Arbeiterklasse heraufbeschworen werden soll.

Unser Heer ist nicht für Parteizwecke da, es ist wirklich zu schade dafür. Wir sind alle in der Agitation, und in erster Linie mein Mitarbeiter, der Herr Kriegs-

minister, bestrebt, daß das Militär nicht zum Polizeibüffel gemacht wird. (Sehr richtig! rechts.) Man sagt heute, das Heer sei die ultimo ratio regum der Könige. Wenn es noch einen weiteren Superlativ gebe, so würde ich ihn anwenden für die Verwendung des Militärs zur Unterdrückung innerer Unruhen. Das Militär hat etwas anderes zu tun (Bravo! rechts.), und wir wünschen nicht, die Regierung nicht und die bürgerlichen Parteien nicht, daß dies anders werde etwa dadurch, wenn aufgeregte Menschenmassen auf die Straße geschickt werden, die die Herbeiführung militärischer Hilfe nötig machen. (Lebhafte Zurufe bei den Soz.) Meine Herren, wie es in der sozialdemokratischen Presse fast täglich geschieht, so wurden auch jetzt wieder die Arbeiter aufgereizt, um das in jeder Seele festfundamentierte Gefühl der Zusammengehörigkeit von Volk und Heer zu sprengen.

Wir haben in den letzten Jahren gesehen, welches Bild ein Teil der ausländischen Presse von den Zuständen in Deutschland entwirft.

Die Leser solcher Artikel müssen glauben, in unserem Lande müßten ganz betrauerte Zustände sein, in dem bl. Sabelhaust den friedlichen Bürger Inzest. Aus eigener Anschauung haben die fremden Journalisten diese Wissenschaft nicht, dazu sind sie viel zu intelligente Herren, aber ich fürchte, sie haben das daher genommen, wo sie es in unserer sozialdemokratischen und auch in einem großen Teil unserer bürgerlichen radikalen Presse gelesen haben. (Lebhafte Rufe Hört! Hört! und sehr richtig! Zurufe bei den Soz.) Und wenn dann in der ausländischen Presse solche ungünstige Schlüsse über Deutschland gezogen werden, dann macht man der Regierung Vorwürfe, daß sie es nicht versteht, die Ehre des deutschen Namens zu wahren. Meine Herren, die sozialdemokratische Agitation gegen unsere Heereseinrichtungen richtet sich gegen die reale Macht, gegen den in Preußen verkörpert Geist der Justiz und Ordnung. Alle Klagen darüber, daß der Bürger schuldlos der Willkür des Militärs preisgegeben sei, sind unberechtigt. Meine Herren! Unsere Armee ist ein Volkstheer wie wohl kein zweites in der Welt, das die Nation ganz und gesund erhalten wird, weil es junge Deutsche in sich aufnimmt und ihnen Disziplin und königliche eingepflanzt wird. Wenn wir die Gewißheit haben, daß diese heidert Tugenden weiter nötig sind, wenn wir unsere Stellung in der Welt aufrechterhalten wollen, dann wird man unseren Ruf nicht rauben können, wenn an einem einzigen Ort des großen Deutschen Reiches sich Dinge abspielen haben, deren Wiederkehr kein Mensch wünscht. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Lachen bei den Soz.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) findet die Besprechung der beiden Interpellationen statt.

Abg. Lehrenbach (Zentr.): Heute kann ich dem Reichskanzler eine andere Resonanz entgegenbringen als bei der ersten Interpellation. (Aha, bei den Soz.) Wir wollen nicht die Bunde von neuem aufwühlen, wir wollen sie zu heilen suchen. (Bravo!) und sie in die grünen Fluten versenken, dazu die Beschimpfungen des Reichstages. Was sich Geheimrat Räte auf dem Sommer des Vereins Deutscher Studenten geleistet hat, daß der Reichstag auf den Knien zurückzunehmen müsse, was er damals beschlossen habe, überzeit! denn doch das zulässige Maß. Ich habe kein Wort meiner früheren Rede zurückzunehmen. (Zorniges Bravo!)

Es sprechen noch ferner die Abg. Bassermann (natl.), Graf Westarp (konf.), Schulz (Rp.), Dersow (Zentr.), Ledebour (Soz.) und Raumann (Sp.).

## Abgeordnetenhaus.

Einiger Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

S. Berlin, 23. Januar.

Am Mittwoch: Freiberger v. Schorlemer-Dieser.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr.

Die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Vermolung wird beim Kapitel

„Förderung der Fischerei“

fortgesetzt.

Abg. v. Wenden (konf.) begründet seinen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Ausführung der infolge der letzten Sturmfluten an der Ostsee sich als notwendig herausstellenden Uferschutzbauten die Interessen der Küsten- und Hochseefischereien mehr als bisher ins Auge zu fassen und besonders auf eine vermehrte Anlage von Fischereihäfen an der Ostsee und in dem Golf Bedacht zu sein.

Mit zur Beratung gestellt wurde der Antrag Fließmann (natl.) u. Gen., die Staatsregierung zu ersuchen, den Fonds von 150 000 M. zur Förderung der Fischerei im nächsten Jahre um 20 000 M. zu erhöhen zugunsten einer Propaganda für den Fischabfab der preussischen Hochseefischereien. Der Antrag wird auch von den Konservativen, Freikonservativen, dem Zentrum und den Freisinnigen unterstützt.

Kadetten Redner mehrerer Parteien die Anträge bekräftigen haben, erklärt

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Es soll nichts unberührt gelassen werden, um die Not der durch die Sturmflut an der Ostsee Geschädigten zu lindern. (Bravo!) Im allgemeinen ist die Lage der Fischerei keine ungünstige. Der Wert der Fischereierträge hat sich andauernd gehoben. Im Beweise, daß das Gewerbe noch lohnend sein kann, Gegenwärtig bestehen 17 Fischereihäfen an der Ostsee. Es fanden Verhandlungen über die Anlage einiger neuen Häfen, so bei Danzig und Poppel. Ich hoffe, daß das Fischereigesetz im Laufe der Session vorgelegt wird. Es wird sich dann Gelegenheit bieten, die Erhöhung des Fonds zur Hebung der Fischerei ins Auge zu fassen.

Abg. v. Bülendoff-Kölpin (konf.): Eine Förderung der Fischerei ist vor allem aus dem Grunde geboten, weil wir einen erheblichen Teil von Seefischen einführen. Wir werden für den Antrag Fließmann stimmen.

Abg. Waldstein (Volksp.) bittet ebenfalls um Annahme des Antrags. Hamburg habe eine erhebliche Summe für die Förderung der Fischerei ausgeworfen. Wir dürfen nicht zurückweichen.

Nach weiteren zustimmenden Ausführungen der Abg. Dr. Gann (konf.), Fließmann und Braun (Soz.) sowie des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer-Dieser, der Bittum der Ostsee-Fischerei-Berechtigungen zusetzt, werden die Anträge der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen.

Abg. Wolf-Mieternich (Zentr.) empfiehlt zur Förderung der Fischerei auf dem Riederrhein die Herstellung von Kläsanlagen.

Abg. Dr. Dahlem (Zentr.) tritt für die Förderung der Rheinische Fischerei ein.

Bei dem Kapitäl

Landesmeditationen

Abg. v. Hattwell im Interesse der Beschleunigung der Revisionsarbeiten für eine andere Organisation der betreffenden Behörden. Nach weiteren Ausführungen verschiedener Abgeordneter, die Spezialwünsche vorbringen, wird die Weiterberatung auf Samstag 10 Uhr vertagt.

Letzte Drahtberichte.

Rücktritt des bairischen Verkehrsministers. BB. München, 23. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der Verkehrsminister Freiherr v. Seidlein soll entlassen sein, sein Amt niederzuliegen. Mit ihm scheidet einer der härtesten und energischsten Gegner der geplanten großzügigen bairischen Elektrifizationspolitik aus dem Ministerium.

Die Verhandlungen zwischen Japan und der Union. Wb. Washington, 22. Jan. Mit Bezug auf die gestrige Rede des japanischen Ministers des Äußeren erklärte Präsident Wilson, daß die Verhandlungen mit Japan in freundschaftlicher Weise geführt werden würden. Eine Verhandlung über den neuen Vertrag hing von der Streitfrage ab, ob Kalifornien durch das neue Gesetz über Landesverträge von Ausländern bestehende Verträge verletzt habe.

Korruption im kanadischen Parlament.

Montreal, 23. Jan. Die "Montreal Mail" erhebt gegen drei französische kanadische Deputierte der Legislatur von Quebec die aufsehenerregende Anklage, daß sie 10000 Dollar angenommen hätten für die Durchbringung eines Gesetzes zugunsten eines Privatlangens. Dieser große Skandal wurde aufgedeckt durch Mitbilden einer Interpellation. Der Chefredakteur des genannten Blattes wurde zwecks Vernehmung vor die Legislatur geladen.

Der 13. internationale Briefmarkensammlertag.

Wb. Berlin, 23. Jan. Der 13. internationale Briefmarkensammlertag wurde heute vormittag in den Industrieallen eröffnet.

Eine Duellforderung an den Grafen Tissa.

Wb. Budapest, 23. Jan. Der Abgeordnete Jolian Desz hat dem Ministerpräsidenten Grafen Tissa wegen dessen Äußerung in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses seine Seigen geschickt.

Mord an einer Deutschen in Schanghai.

Wb. Schanghai, 23. Jan. Die Frau des deutschen Fleischhauers Richard Neumann ermordet aufgefunden worden. Der Mord, der in früher Morgenstunden begangen wurde, hat in Schanghai großes Aufsehen verursacht. Die Frau war scheinbar verkrüppelt. Der Kopf war beinahe vom Rumpf abgetrennt. Die Leiche wurde abgetrennt. ferner hatte der Mörder seinem Opfer mehrere Finger abgeschnitten; wahrscheinlich um sich in den Besitz der Ringe zu setzen. Der Wert des entwendeten Geldes und der gestohlenen Juwelen wird auf annähernd 4000 Pfund geschätzt.

Die Brutalität, mit der das Verbrechen ausgeführt wurde, läßt darauf schließen, daß nach andere Beweggründe als die eines bloßen Raubmordes vorliegen. Der Salte der Getöteten, der ein großes Geschäft betrie, befand sich zur Zeit des Verbrechens im Hospital. Die Frau war mit einem kranken Diener allein zu Hause, der jedoch der Tat nicht verdächtig ist.

Die Hochwasserfluten an der Ostsee. Wb. Berlin, 23. Jan. Nachrichten aus dem Hochwassergebiet zufolge stehen in dem Kreise Köslin allein 17000 bis 18000 Morgen Land noch unter Wasser, das mit diesem Eis bedeckt ist. Darunter befinden sich etwa 15000 Morgen am Jammer See und über 1000 Morgen bei Niendhagen. An der Ostsee fließen von Hinterommern bei eine ganze Reihe von Gemeinden teils durch den Abbruch der Ufer, teils durch Fortspülung bei der Sturmflut ganz bedeutende Verluste an Land und Häusern zu beklagen. Da die Betroffenen in der Hauptsache arme See- und Hafenfischer sind, ist dringende Hilfe erforderlich. Das Bureau befindet sich Berlin, Alsenstraße 10.

Der Straßenbahnstreik in Mailand. Mailand, 23. Jan. Wegen Entlassung eines Kontrollors ist das gesamte Personal der elektrischen Straßenbahn in den Streik getreten. Der gesamte Verkehr ruht.

Ein amerikanische Ehecheidungssache. New York, 23. Jan. Die Gattin des bekannten Milliardärs Cochet hat gegen diesen wegen Ehebruchs und Mißhandlung die Ehecheidungssache anstrengt. Das Vermögen des Milliardärs wird auf 120 Mill. \$ geschätzt.

Wb. Darmstadt, 23. Jan. Der Großherzog von Hessen hat dem Präsidenten der preussischen Zentralgenossenschafts-Kasse, Wirtl. Oberfinanzrat Heiligenstädt in Berlin, das Komturkreuz 1. Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen verliehen.

Wb. Heidelberg, 23. Jan. In der vergangenen Nacht starb hier Generalleutnant a. D. u. Winning, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, im Alter von 73 Jahren.

Aus unserem Leserkreise.

(Nicht verwendete Einblendungen können wieder zurückgefordert, nach aufbewahrt werden.) \* Kassenpatienten wahrer Recht! Den Mitgliefern der Allgemeinen Ortskrankenkasse bleibt jetzt freigestellt, den Arzt ihrer Wahl und ihres Vertrauens zu Rate zu ziehen; oft wird es zugleich ihr früherer Hausarzt sein, der, falls er zugleich Kassenarzt ist, auch ferner alle Waffen seines medizinischen Wissens zur Bekämpfung der vorliegenden Erkrankung anwenden wird. Er täte dies auch lieber, wenn er dürfte. Ja, wer will ihm denn das verweigern? Bleibt mein Körper nicht derselbe, auch wenn ich als Kassenpatient erkrankte? Ja, gewiß! Aber dem Kassenarzt steht nicht mehr frei wie er und womit er seinen Patienten behandeln will, er ist an ein Bändchen gebunden, das für alle Kassen mit freier Arztwahl im jeweiligen Bezirk maßgebend ist. Läßt sich ein Arzt einstellen, ein nicht in diesem Verordnungsbüchlein enthaltenes Mittel zu beordnen, so geht er es aus seiner Tasche falls der Betrag der gesamten Arzneimittel nicht dem des einzelnen Rezeptes den Betrag von 75 Pf. übersteigt. Das Ortskassenstatut schreibt zwar vor, daß ein Kassenpatient bis zum Betrag von 35 M. Arzt und Arzneimittel u. dergl. beanspruchen darf. Diese müssen aber in dem Rezeptverordnungsbüchlein stehen, sonst vermindert sich der Betrag auf 75 Pf., laut Verfügung der Bezirksvertragskommission. Daß sich Ärzte finden, die unter dieser wohl kaum handhabwürdigen Beschränkung für die Kassenvorstände tätig sind, ist kaum

glaublich, aber doch ist dies Verordnungsbüchlein hier in Wiesbaden und in Frankfurt eingeführt und allgemein gültig. Ränder Arzt verzichtet oder auch auf weitere Tätigkeit als Kassenarzt des Verordnungsbüchleins. Sache der Versicherungsämter ist es, diesen Schaden von den Kassen zu befrachten, indem sie darauf dringen, daß auch ein Kassenpatient Anspruch darauf erheben kann, seiner Krankheit entgegen, zwar nicht mit den neuesten Reklamemitteln, aber doch mit allen durch langjährige ärztliche Erfahrung bewährtesten Mitteln gleichviel, ob sie in diesem bemerkenswerten Büchlein stehen oder nicht, behandelt zu werden. Die Lösung dieser Frage hat mit der freien Arztwahl gar nichts zu tun, wohl aber mit der sogenannten Baukassensumme, das heißt, dem Bestehen einer bestimmten Summe seitens der Kassen als Abfindung der Ärzte- und Apothekerkosten. Vielleicht äußert sich einer der Vorstände des hiesigen Kassenarztsverbandes, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied der hiesigen Ortskrankenkasse darüber, wie das Verordnungsbüchlein mit der Baukassensumme zusammenhängt. Sicher würden ihnen viele Patienten vor allem aber auch die Herrschaften der in die Kassenklasse neu eintretenden Dienstboten für diese Aufklärung sehr dankbar sein. Wir hoffen, daß die Vertreter der Kassenklasse mit diesem Büchlein aus der Zeit der Alleinherrschaft des Leipziger Verbandes in der Kassenarztspraxis schleunigst aufträumen. Nur so wird es jedem Arzte, der lediglich das Interesse seiner Patienten, gleichviel ob arm oder reich, im Auge hat, möglich sein, entprechend seinem Wissen und Gewissen die kassenärztliche Praxis auszuüben. Ein Kassenpatient für viele.

\* Das Lärmen auf der Straße ist verboten; jedoch auf dies nicht für die Straßenbahn-Linie 4. Seit mehr als 14 Tagen haben die Bewohner des Gebirgels usw. das Verhängnis, daß so oft ein Wagen die Kurven durchfährt, ein fürchterliches Getöse die Straßen durchhallt. Wie lange noch? Es sollte mich sehr freuen, wenn diese Seiten Gebör fänden. Ein Anwohner.



Hohenlohe Grünkernmehl. Ist bei allen Hausfrauen zur Bereitung aromatischer, leicht verdaulicher Suppen beliebt.

ZAHN-CREME und Mundwasser KALODONT

Handelsteil.

Der Backschisch im Geschäftsvorkehr.

Anlässlich des Erpressungsprozesses gegen einen früheren ausländischen Vertreter der Siemens-Schuckert-Werke ist die letzte Frage des Schmiergeldunwesens wieder akut geworden. So sehr man auch diese krankhafte Erscheinung des Geschäftsverkehrs verurteilt und bekämpfen muß, so wenig sollte man sich doch über ihre tatsächliche Ausbreitung hinwegsetzen. Es wird im In- und Auslande viel mehr "geschmiert", als der Laie sich träumen läßt. Besonders diejenigen Firmen, resp. ihre Vertreter, Kommissionäre usw., die in halbivilisierten Ländern mit Behörden, Verwaltungen und dergl. Geschäfte machen wollen, müssen nolens volens den ortsüblichen Gepflogenheiten Rechnung tragen und den maßgebenden Persönlichkeiten, sei es auch in noch so unverfänglicher Form, gewisse Aufmerksamkeiten erweisen. Dem deutschen Kaufmann sollte man daraus keinen besonderen Vorwurf machen wollen, sein englischer, amerikanischer oder französischer Konkurrent tut das gleiche. Bei den Staatsmännern und Verwaltungsbeamten exotischer Länder herrschen eben noch etwas laxere Auffassungen in dieser Beziehung. Soll man ihnen das als Todsünde anrechnen? Herrschen nicht in mancher hochzivilisierten Republik, ja sogar im sittenstrengen Deutschen Reich zuweilen ganz ähnliche Gebräuche. Der Kölner Polizeiprozess hat in dieser Beziehung Material genug zutage gefördert. Die deutsche Geschäftswelt hat ja trotz anerkennenswerter Bemühungen leider noch nicht vermocht, den "Backschisch" völlig auszurotten. Die Direktoren und Angestellten großer Firmen, die über Vergebung bedeutender Lieferungen, Arbeiten usw. zu entscheiden haben, werden vielfach mit offenen oder anonymen Liebenswürdigkeiten in greifbarer Form überhäuft und können sich solcher Zudringlichkeiten zuweilen kaum erwehren. Würden solche Schmierversuche überhaupt unternommen werden, wenn sie nicht doch in vielen Fällen zum Ziele führen? Besonders die Einkäufer der Warenhäuser, die bekanntlich durch strenge Vertragsklauseln verpflichtet sind, alle derartigen Geschenke und so weiter zurückzuweisen, werden von manchen Lieferanten mit solchen Aufmerksamkeiten direkt verfolgt. Leider erwachsen der Geschäftswelt durch ihren Kampf gegen das Schmiergeldunwesen sehr oft durch ihre skrupellose Konkurrenz große Nachteile, und es mag oft schwer fallen, dem Versuch zu widerstehen, "mit den Wölfen zu heulen". Soll man aber angesichts dieser großen Schwierigkeiten die Hände in den Schöll legen und dem Unheil freien Lauf lassen? Soll man, wie die Amerikaner beim Bau des Panamakanals, gegenüber offensichtlichen Bestechungen beide Augen zudrücken, um unliebsamen Erörterungen aus dem Wege zu gehen? Dann würden wir sehr bald ein bedrohliches Emporwachsen des Schmiergeldunwesens erleben, Treu und Glauben würden in Handel und Wandel gar bald recht seltsame und problematische Begriffe werden. Bei aller Erkenntnis der Unzulänglichkeit der heute zu Gebote stehenden Mittel darf der Kampf gegen diesen Krebschaden des Geschäftslebens keineswegs als aussichtslos aufgegeben werden. Insbesondere muß da, wo öffentliche Interessen in Frage kommen, schonungslos jeder Korruptionsherd aufgedeckt werden. Auch im geschäftlichen Leben muß die gesunde Anschauung, daß der "Backschisch" unter allen Umständen zu verwerfen sei, beibehalten und weiter verbreitet werden. In diesem Sinne muß vor allem der kaufmännische Nachwuchs erzogen werden. Dann wird schließlich dem realen Kaufmann Anerkennung und Vertrauen nicht versagt werden.

Berliner Nachbörse.

Table with columns for various stocks and bonds, including Kanada, Orientbahn, Meridional, etc.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 23. Jan. Kurse von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 208 1/2, Disconto-Commandit 181 1/2, Dresdner Bank 100, Polarisb. Int. Handelsbank 208 1/2, Staatbahn 154 1/2 a 1/2, Lombarden 22 1/2, Baltimore 95 1/2, Nordl. Lloyd 120, Deutsch-Luxemburger 137 1/2, Harpener 186 1/2, Phoenix 240 1/2 a 241 1/2 a 1/4, Edison 240 1/2.

Banken und Geldmarkt.

\* Preussische Bodenkreditbank. Am 1. Februar findet die Abschlussitzung des Unternehmens statt. Die Dividende wird wieder mit 8 Proz. vorgeschlagen werden. \* Insolvenz einer kleinen Bankfirma. Das in Prenzlau bestehende Bankgeschäft von Louis David ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat sich an seine Gläubiger gewendet. Es handelt sich um ein bedeutungsloses Bankgeschäft. Die Passiven belaufen sich außer ca. 40 000 M. Depositenansätzen auf ca. 60- bis 80 000 M. Betroffen sind lediglich kleinere Privatkapitalisten.

Berg- und Hüttenwesen.

Über die deutsche Grobeisen-Industrie bringt die erste Januar-Nummer des "Zentralblattes der Hütten und Walzwerke" (Verlag Berlin W. B.) einen äußerst interessanten und orientierenden Artikel. Er gipfelt in einer tabellarischen Zusammenstellung, welche die 17 bedeutendsten deutschen Werke, Bismarckhütte, Bochumer Verein, Burbacher Hütte, Deutsch-Luxemburg, Gelsenkirchen, Georg-Marienhütte, Hasper Eisen, Hoesch, Isder Hütte, Krupp, Lothr. Hüttenverein, Laurahütte, Oberbedarf, Phoenix, Rhein Stahl, Rombach, Zypen-Wissen, umfasst. Auf diese Werke entfällt die reichliche Hälfte der gesamten deutschen Roheisen-Erzeugung, ebenso mehr als die Hälfte unserer Roh-Stahlgewinnung. Wenn noch erwähnt wird, daß die gleichen Werke ungefähr 1/2 der gesamten deutschen Kohlenproduktion in sich verkörpern, so ist damit über die Bedeutung einer statistischen Zusammenfassung des Ergebnisses dieser Werke genügend gesagt. Die Tabelle bringt nicht nur die finanzielle Lage der Werke zu prägnantem Ausdruck, sie versucht auch in sehr interessanter Weise zu ermitteln, welcher Anlagewert bei jedem einzelnen Werk bilanzmäßig der Produktion von je einer Tonne Stahl oder je einer Tonne Koble entspricht. Es wird auf diese Weise ein Resultat gewonnen, das nicht nur für die Aktionäre dieser Werke, sondern für jeden, der sich für diesen wichtigsten Zweig unserer Volkswirtschaft interessiert, von Bedeutung ist.

Industrie und Handel.

\* Preisserhöhungen am Stabeisenmarkt. Als Anfang Januar die Stabeisenpreise für das zweite Quartal herauskamen, wurden sie auf durchweg 98 M. netto Kassa erhöht. Inzwischen ist eine weitere Steigerung eingetreten, denn heute fordern die Werke 99 bis 100 M. Die Firma Krupp fordert sogar 100 M. netto.

Versicherungswesen.

\* Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft. Der Aufsichtsrat beschloß, für Januar 1912 nach als reichlich bezeichneten Zuweisungen an die Reserven (L. V. an die Kapitalreserve) eine Dividende von 20 Proz. = 60 M. für die jetzt nur noch mit 300 M. eingezahlte Aktie zur Ausschüttung zu bringen (L. V. 5 Proz. = 25 M. pro Einzahlung von 500 M.).

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B Nr. 203 wurde bei der Firma: „Bank für Handel und Industrie, Niederlassung Wiesbaden (vormals Martin Wiener)“, mit dem Sitz in Wiesbaden, eingetragen: Karl Roger ist aus dem Vorstände ausgeschieden und Dr. Arthur Rosin aus Berlin zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

In das Handelsregister A Nr. 234 wurde bei der Firma „Jos. Hupfeld“ mit dem Sitze zu Wiesbaden eingetragen: Den Kaufleuten Franz Diebel zu Wiesbaden, Fritz Kummer dieselbe und Otto Mewes zu Mülheim a. d. R. ist Gesamtpromkur in der Weise erteilt, daß immer je zwei von ihnen zur Vertretung befugt sind.

Schiffs-Nachrichten

Table with columns for ship names, destinations, and departure/arrival dates. Includes Koninklijke Hollandische Lloyd, Noorddeutscher Lloyd, Deutsche Ostafrika-Linie, etc.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 14 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman“.

Abdruck: H. Hegermann. Gesamtverlag für den politischen Teil: H. Hegermann; für Feuilleton: H. v. Hantscher; für das Sport und Zeit: H. Hegermann; für den Roman und die Verlagsbeilage: H. Hegermann; für den Rest: H. Hegermann. Druck und Verlag: H. Hegermann, Wiesbaden.



Anfrage des Senators D'Estournelles de Constant nach dem Zustande der für die Durchführung des Dreijährigeses vorgesehenen Kasernen, die Lage sei nicht derartig, daß sie Verjagung hervorgerufen müßte. Zweifellos hätten die Soldaten nicht alle wünschenswerten Bequemlichkeiten, aber es sei unmöglich, mehr zu tun wegen der beträchtlichen Vermehrung der Effektiveinheiten und der ungünstigen Witterungsverhältnisse. Maginot beschrieb sodann den Zustand der Kasernen und versicherte, die Gesundheit der Leute werde nicht gefährdet. Die Moral und die Gesundheit der Truppen seien ausgezeichnet. Im weiteren Verlauf der Sitzung des Senats brachte Raymond eine Interpellation über die militärische Luftschiffahrt ein. Er verglich die Zahl und Stärke der deutschen und der französischen Luftschiffe und stellte fest, daß die deutschen Luftschiffe eine sehr starke Kriegswaffe darstellten. Raymond kritisierte sodann die Langsamkeit der Ausführungen des französischen Bauprogramms für Luftschiffe und unterzog die Frage der Ballonhülle und des Wasserstoffes einer technischen Prüfung. Er wies darauf hin, daß es in Frankreich keine staatliche Wasserstofffabrik gebe, eine Fabrik sei die Filiale einer deutschen Fabrik. Frankreich stehe Deutschland nach in der Zahl und der Einrichtungen der Luftschiffhallen und der Häufigkeit der Aufstiege. Raymond fuhr fort, man hätte das Flugwesen soweit entwickeln müssen, daß kein deutsches Luftschiff weder nach Frankreich hinein, noch aus Deutschland herauskomme. Frankreich tat nichts, um seinem Flugwesen Mittel zur Verwirklichung der Luftschiffe zu geben. Redner machte auf die ungenügende Anzahl der Fliegeroffiziere aufmerksam.

Kriegsminister Rouleux warf ein, daß alle Waffengattungen im Jahre 1913 ihre Offiziere notwendig gehabt hätten wegen des Dreijährigeses. Der Minister fügte hinzu, daß 88 Gesuche von Offizieren zur Aufnahme in die Fliegertruppe im März angenommen werden würden. Raymond bemängelte die Art der Ergänzung der Fliegeroffiziere und beklagte sich über gewisse Korpskommandanten, die ihren Untergebenen schrieben, sich in die Fliegertruppe aufnehmen zu lassen. Der Redner bemängelte ferner, daß die höheren Offiziere als Befehlshaber von Flugzeugführern teilweise verjagten. Man müßte die Flieger von der Verantwortung entbinden, eine bestimmte Zeit bei der Truppe abzuwarten, um zu einem höheren Grade befördert werden zu können. (Beifall.) Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

### Deutsches Reich.

**Sof. und Personal-Nachrichten.** Die Königin der Dänen und der Kronprinz von Griechenland sind gestern nachmittags 5 1/2 Uhr mit Gefolge auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin einetroffen und auf dem Bahnhofsplatz vom Kaiserpaar und den in Potsdam anwesenden Söhnen des Kaisers empfangen worden.

Geheimrat Baum hat sich zur Herzogin von Braunschweig, Viktoria Luise, der Tochter des Kaisers, zur Konsultation begeben.

**Die Erkrankung der drei Söhne des Kronprinzen.** Der jüngste Sohn des Kronprinzen, Prinz Subertus, ist von seinen beiden älteren Brüdern trotz der streng durchgeführten Isolierung nun doch vom Keuchhusten angefaßt worden. Interessant dürfte sein, wie der eine Sohn des Kronprinzen mit dem Keuchhusten befaßt worden ist. Er hat nämlich in Dampf mit einem am Keuchhusten erkrankten Knaben in einem Schilderhaus gespielt und sich auf diese Weise die Infektion zugezogen.

**Kein Wechsel in den höheren Reichsämtern?** Die von einem Berliner Blatt in auffälliger Form verbreitete Behauptung vom Rücktritt des Staatssekretärs v. Jagow und seiner Ersetzung durch den Staatssekretär Dr. Solf wird, der „Neuen politischen Korrespondenz“ zufolge, als unzutreffend bezeichnet. Es handelt sich lediglich um die Wiederaufwärmung von Gerüchten, die vor einer Reihe von Tagen aufgelaucht und alsbald vom Dementi ereilt worden sind. Ein Wechsel in den höheren Reichsämtern stehe für absehbare Zeit nicht in Aussicht.

**Ein weiterer Ministerwechsel in Bayern?** Die wiederholt aufgetauchten Gerüchte über einen Rücktritt des Kultusministers v. Knilling gewinnen immer mehr an Boden.

### Feuilleton.

#### Konzert.

Alice Ripper — war der „Stern“, welcher dem gestrigen 9. Jhklus-Konzert im Kurhaus seine besondere Anziehungskraft verlieh: ein Stern, der diesmal leider — selbst mit bewaffnetem Auge — nur schwer erkennbar war; denn unbegreiflicherweise hatte die Künstlerin ihren Platz nicht vorn an der Rampe, sondern im Orchester genommen; — oder bekommen? Und doch gerade das Spiel einer solchen einzigartigen Virtuosa, wie Alice Ripper, will und muß man nicht nur hören, sondern auch sehen, um es zu glauben. Das Spiel der Hände und selbst der Arme zu beobachten — als ein Widerspiel der inneren Affekte — gehört nun einmal zur künstlerisch-suggestiven Wirkung; und darum: Alice Ripper gehörte in die erste Reihe. Auch wenn sie, wie gestern, von Rollen pfeift — was übrigens wohl kaum vonnöten gewesen sein dürfte! Sie greift das Chopinsche G-Moll-Konzert etwas männlicher und robuster an, als man es sonst gewohnt ist: das „Allegro“ mit großem Ton und einem geistigen Glanz, über den man die technischen Probleme, die sie dabei zu lösen hatte, vollkommen vergaß. Die „Romance“ hätte gewiß noch zarteren Anbau erhalten, wenn das Instrument in einzelnen Chören geschmeibiger gewesen wäre. Das „Mondo“ schmückte dann Alice Ripper im Vortrag mit allen Reizen pianistischer Eleganz und farbenfunktlicher Pracht. In den weiterhin folgenden „Ungarischen Rigenweifen“ von Savite Wenter (mit Orchesterbegleitung von Tschakowsky) erwachte in unserer Künstlerin so recht das heilige magyarische Blut: hier fand sie im Genie ihrer physischen Kraft, ihres aufwallenden Temperaments, ihrer kühn aufstrebenden Virtuosität. Doch bei alledem kein rauber Ton, kein Fehltriff, keine Geknacktheit; auch im wildesten Tumult der Ränaben wackeln die Orgeln. Und gerade in dieser souveränen Beherrschung der kleinsten pianistischen Details bei Entfesselung der größten Leidenschaftlichkeit des Spiels bezeugt Alice Ripper sehr die Vollreife ihrer Künstlerschaft. Sie weiß in der Tat eine der wichtigsten Forderungen Franz Liszts zu erfüllen — das bewies sie besonders auch in der „Lebens- und Hölle“-wüdtig gegebenen Zugabe —: sie besitzt unheimlich noch viel mehr Virtuosität, als sie selbst für das lächerlichste Stück ihres Programms nötig hätte! Das Publi-

Es heißt, daß die Demission des Ministers in wenigen Wochen erfolgen wird.

**Der Kronprinz von einem Geisteskranken verfolgt.** Gestern nachmittags um 3 Uhr lief der geistesranke Schneidergeselle Leopold Salomon in Berlin, der am 7. Juli 1887 in Kolmar in Polen geboren ist und in der Grenadierstraße 45 in Berlin wohnt, dem Kronprinzlichen Automobil unter den Rinden nach. Der Geistesranke kam indessen, entgegen anderen Meldungen, nicht an das Automobil des Kronprinzen heran, sondern wurde von zwei Schutzleuten, die ihn beobachtet hatten, sofort festgesetzt und in Polizeigewahrsam genommen. Er gab an, daß er die Absicht hatte, von dem Thronfolger Geld zu erbeuteln, „da er doch sein Bruder sei“. — Nach einer weiteren Nachfrage wurde der Schneider Salomon als gemeingefährlich geisteskrank nach Dalldorf transportiert.

**Der Ärztestreik in Braunschweig proklamiert.** Der Ärztestreik ist gestern in Braunschweig proklamiert worden. Sämtliche dem Leipziger Verband angehörende Ärzte sind in den Streik getreten und behandeln keine Klassenangehörigen.

**Über die Größe der Hinterlassenschaft Bebel's** geht der „Streit“ weiter. Der in Königsberg erscheinende „Nipreuzische Zeitung“ wird von gut unterrichteter Seite geschrieben: Die Versuche des „Vorwärts“, das hinterlassene Millionenvermögen Bebel's glattweg abzuleugnen, erfahren durch die amtliche Steuereinschätzung Bebel's eine eigenartige Beleuchtung. Bebel hat nicht 300 000 M., wie der „Vorwärts“ behauptet, zu Lebzeiten als Vermögen besessen, sondern der Parteiführer der „Sündernden und Enterteten“ zahlte für genau 684 000 M. selbstangegebenes Vermögen seit dem Jahre 1908 die preussische Vermögenssteuer. Diese nicht hinwegzuleugnende Tatsache liegt schwarz auf weiß in den Akten der Berliner Steuereinschätzungsbehörde.

### Rechtspflege und Verwaltung.

**IM Justiz-Verwaltung.** Referendar Dr. Karl Müller im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M. wurde zum Gerichtsassessor ernannt.

### Parlamentarisches.

**Ein Antrag, betr. Namensänderung im Reichstas.** Die Abgeordneten und Genossen beantragen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstasler zu ersuchen: eine Vereinbarung unter den verbündeten Regierungen dergestalt anzugehen, daß bei Anträgen auf Namensänderung zurückhaltend verfahren werde, jedenfalls bestehende deutsche Namen nicht verziehen, sondern im besonderen Falle, z. B. bei Schändung des Namens durch Verbrechen, dem Antragsteller die Erlaubnis gegeben werde, in Zukunft den mitterlichen Namen zu führen.

### Deutsche Schutzgebiete.

**Das Schutztruppenjubiläum in Deutsch-Südwestafrika.** Wie das Kommando der Schutztruppe für Südwestafrika aus Windhoek mitteilt, wird das 25jährige Bestehen der Schutztruppe und die 15jährige Erinnerungsfeier an den Feldzug anlässlich der Landesausstellung im Mai 1914 durch Gottesdienst und Parade in Windhoek feierlich begangen werden. Ferner sollen Reiterpiele, militärische und sportliche Wettkämpfe stattfinden. Die verschiedenen Uniformen, die die Truppe getragen hat, werden von Mannschaftsgruppen vorgeführt werden. Auf der Ausstellung werden Truppenfahrzeuge, sanitäre Einrichtungen, eine von Eingeborenen betriebene militärische Handwerksstätte und anderes mehr gezeigt werden. Die Schutztruppe hofft, daß die ehemaligen Angehörigen der Truppe zahlreich an der Feier teilnehmen werden.

### Ausland.

#### Österreich-Ungarn.

**Lärmjahren im ungarischen Abgeordnetenhaus.** Budapest, 23. Jan. In der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses kam es bei der Spezialberatung über den Presseform-Entwurf zwischen dem Präsidenten und den Oppositionellen, die sich der Geschäftsordnung mehrfach widersetzen, zu heftigen Kontroversen. Zahlreiche Oppositionelle wurden zur Ordnung gerufen. Wiederholt trat großer Lärm ein. Da die Verhandlungen wegen der ständigen Ruhestörungen nicht fortgesetzt werden konnten, sah sich der Präsident genötigt, sechs Oppositionelle durch

die Parlamentswache aus dem Saal entfernen zu lassen. Auch im späteren Verlaufe der Verhandlungen mußte die Parlamentswache einschreiten, bis schließlich unter Führung des Grafen Apponyi die gesamte Opposition den Saal verließ.

**Wiederaufnahme der deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen.** Wien, 23. Jan. Die deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenzen wurden heute durch besondere Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Vertretern der tschechischen Landespartei und mit den Vertretern des Verbandes der deutsch-böhmischen Abgeordneten wieder aufgenommen. Der Ministerpräsident erläuterte die Absichten der Regierung.

**Der neue Armeinspektur.** Wien, 23. Jan. An Stelle des auf sein Ansuchen entbundenen Armeinspekturs Generals der Infanterie Schoebler wurde der Korpskommandant in Graz, Feldzeugmeister Baron Leithner, zum Armeinspektur ernannt.

### Belgien.

**Ein neuer Bonaparte.** Brüssel, 24. Jan. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat die Prinzessin Viktor Napoleon, geborene Prinzessin Klementine von Belgien, heute vormittag einem Knaben das Leben geschenkt. Prinz Viktor Napoleon, der im 52. Lebensjahr steht, ist das Haupt der konservativen Bonapartisten. Er hat seine Gemahlin erst zum Altar führen können, als König Leopold, der dieser Ehe sich widersetzte, die Augen schloß. Jetzt ist den Bonapartisten also der ersehnte Erbe geboren worden.

### England.

**„A 7“ noch nicht gehoben.** London, 23. Jan. Die Hoffnung, daß das Unterseeboot „A 7“ endlich gehoben werden konnte, ist noch nicht in Erfüllung gegangen. Es ist noch nicht gelungen, Kabel unter das Schiff zu legen.

### Bulgarien.

**Der König krankhaft nervös?** Sofia, 24. Jan. Der frühere Finanzminister Thedorow richtet in dem Blatte „Mir“ heftige Angriffe gegen König Ferdinand. Er sagt, der König befinde sich in einem außergewöhnlich nervösen Zustande, der offenbar an allen Handlungen des Königs gegen das Land schuld sei. Wenn das so weiter gehe, so steure das Land schäweren inneren Wirren und wahrscheinlich einer inneren Revolution entgegen.

**Falsche Gerüchte über eine bevorstehende Diktatur.** Sofia, 23. Jan. Die „Agence Bulgare“ bezeichnet die im Ausland verbreiteten Gerüchte von der bevorstehenden Proklamation der Diktatur in Bulgarien als absolut falsch.

### Griechenland.

**Die türkischen Truppenbewegungen in Kleinasien.** Athen, 24. Jan. Man verfolgt hier die türkischen Truppenbewegungen in Kleinasien mit großer Besorgnis. Die Zahl der Truppen, die an der kleinasiatischen Küste zusammengezogen werden, wächst von Tag zu Tag. Drei Bataillone stehen bereits gegenüber Mytilene in Trakien, 3000 Mann in Dilis und 5000 in Pergame.

### Albanien.

**Zum Rücktritt Ismail Kemal-Beis.** Balona, 23. Jan. Der (wie bereits im Morgenblatt gemeldet) zurückgetretene Präsident der provisorischen Regierung Ismail Kemal richtete an den österreichischen Minister des Äußeren Grafen Berchtold ein Telegramm, in dem er sich für die gute Gesinnung und Unterstützung der österreichisch-ungarischen Regierung bedankt. Die Kontrollkommission ernannte inzwischen Fejzy-Bei zum Regierungsdirektor für das gesamte der Regierung von Balona unterstehende Gebiet. Die bisherigen Regierungsmitglieder, aus-

dem bereitete der gestern zwar nur begrenzt sichtbaren, aber unbegrenzt virtuoson Künstlerin einen vollen Triumph.

Das Kurorchester hatte sich unter Herrn Musikdirektor Karl Schurzichs Direktion nicht wenig verdient gemacht um die anscheinende und exakte Begleitung der genannten Konzerte. In selbständigen Orchesterwerken hören wir die „Cellini“-Overtüre von S. Verlioz, die ebend so oft als bizarr und exzentrisch gescholten wurde. Triff sie und heute auch nicht mehr so regellos entgegen — wir sind von der Moderne Schlimmeres gewohnt —, so können doch die pilantien Instrumentaleffekte der Partitur, die blendenden Kontraste, namentlich auch in der Dynamik, immer noch überraschen, sofern sie vom Dirigenten in gehörige Beleuchtung gerückt werden. Wie gestern geschah. Die Wiedergabe zeigte Leben und Laune und eine famose Orchesterdisziplin ohne Heiuliche Sängelei. Freundlichste Aufnahme fand zum Schluß die „Dur-Sinfonie von Rob. Schumann: seine erste Sinfonie — „in feuriger Stunde geboren“, wie er selbst schrieb, „jenem unwiderstehlichen Frühlingsschmerz folgend, der den Menschen bis ins höchste Alter wohl in jedem Jahr neu überfällt“. Und zugleich war es so sein Lebens- und Liebesfrühling, der den Konduktor befeuerte! Aus solch echt romantischem Empfinden erwuchs dieses erste „Allegro“ mit den Heroldrufen des Frühlings, der sein halbes Wunderreich aufzublühen läßt; eruchts dies geheimnisreiche „Larghetto“, das phantastisch wirbelnde „Scherzo“, das innig hellere „Finale! Erfreulich war's, zu bemerken, daß unser jugendlicher Dirigent sich auch in die Geistes- und Empfindungswelt Schumanns so liebevoll einzulassen wußte: überall in der Wiedergabe beugte man einer warmherzigen Auffassung und der Durchführung so mancher sinnvollen Feinheiten in der Quantierung; an Frische und Schwung fehlte es so wenig wie an Korrektheit; und so hatte die Sinfonie mit solchem Orchester ebenso großen Erfolg wie das Orchester mit solcher Sinfonie —!

### Rus Kunst und Leben.

**Theater und Literatur.** Die Beerdigung des Professors Rudolf Genge fand in Schöneberg auf dem Zwölf-Apostelriedhof statt. Der Magistrat und die Stadtverordneten ließen Kränze niederlegen. Das Kultusministerium entsandte einen Vertreter. Viele bekannte Künstler waren persönlich erschienen.

Der in Weimar um das literarische und künstlerische Leben der letzten 50 Jahre sehr verdiente Ober-Bibliothekar der Großherzoglichen Bibliothek, Paul v. Bojanowski, beging heute seinen 80. Geburtstag.

In Hamburg erlebte gestern „Casard“ von Edwin Rosen, das Schauspiel aus der Fremdenlegion, im Thalia-Theater einen lebhaften Erfolg.

Röhlers „Fünf Frankfurter“ haben gestern in Paris im Gymnase-Theater in einer Bearbeitung von Dr. Julius Elias und Eugen Vog dem Publikum sehr gefallen.

**Silbende Kunst und Musik.** Die Witwe Feliz Mollis, Frau Henriette Roth-Standharter, hat sich in Wien als Gesangslehrerin niedergelassen.

Der „Lanterne“ zufolge ist dem höheren Rat des Ministeriums der Schönen Künste in Paris das Ansuchen vorgelegt worden, zwei der kostbarsten Werke der italienischen Primitiv des Louvre-Museums der italienischen Regierung zum Dank für die Rückhaltung der „Gioconda“ zu schenken. Dieser Plan, der von dem französischen Volschaffter in Rom Barrere angeregt worden sei, habe unter den Mitgliedern der Akademie der schönen Künste lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Der Wert der beiden Bilder, die man Italien zum Geschenk machen wolle, komme ungefähr dem der „Gioconda“ gleich, und man frage sich, ob es unter diesen Umständen nicht besser gewesen wäre, das Werk Leonards da Vinci in den Händen Perugias zu lassen.

Der berühmte französische Bildhauer Auguste Rodin ist an einer schweren Augenentzündung erkrankt und muß das Bett hüten. In Anbetracht seines hohen Alters — 73 Jahre — gibt sein Zustand zu großen Besorgnissen Anlaß.

Als Kandidaten für die Nachfolgerschaft Richtwerts an der Hamburger Kunstschule werden Dr. Wichert, seit 1908 Direktor der Mannheimer Kunstschule, der beinahe ein Piesbadener Kind genannt werden darf, und Professor Dr. Pauli, der Direktor der Bremer Kunstschule, genannt.

**Wissenschaft und Technik.** Der seit 33 Jahren dem Lehrkörper der Rarburger Universität angehörende Professor der Philologie Dr. Pauli Ratorp begibt heute seinen 60. Geburtstag.

Friedrich Leo, einer der bedeutendsten Lateinforcher der Gegenwart, Professor der klassischen Philologie an der Universität Göttingen ist einem Herzschlag erlegen.



und nun im Rohbau fertiggestellt. Sie enthalten je vier Wohnzimmern, 4 bis 5 Zimmer mit allem Zubehör und dürfen im Juni d. J. modernisiert werden. — Mit Rücksicht auf die günstigen Ergebnisse der vorjährigen städtischen Verkaufsläufe hat der Magistrat beschlossen, ab nächsten Dienstag auch für diesen Winter wieder mit dem Geschäftserwerb zu beginnen. Ob diesmal auch gleichzeitig wieder ein Verkauf auf der Waldstraße stattfinden, ist noch zweifelhaft, da der Absatz im abgelaufenen Jahre zu gering war. Ebenso soll davon abgesehen werden, die Fische nur an Bezieger mit einem Einkommen bis zu 3000 M. abzugeben, da diese Differenzierung beim kaufenden Publikum selbst wenig Vorliebe gefunden hat.

**Dobheim, 22. Jan.** Auf Anregung des Bürgermeisters Sportfest wird auch in diesem Jahre, wie früher bereits, zur Feier des Geburtstages unseres Kaisers ein Festessen im Gasthause „Zum deutschen Kaiser“ stattfinden. — In den ersten Wochen des neuen Jahres sind, allem Herkommen gemäß, die Jahresversammlungen der Vereine, besonders auch der Gesangsvereine, abgehalten worden. Im großen und ganzen wurden die Vorstände wiedergewählt, auch die Jahresabschlüsse zeigten fast durchweg günstige Resultate. Im besonderen ist zu erwähnen: Der „Gesangsverein Dobheim“ kann in diesem Jahre ein seltenes Fest, das 25jährige Jubiläum seines Dirigenten Lehrer Knapp von hier, feiern und will aus diesem Anlaß eine besondere Feiern veranstalten. Der Gesangsverein „Sängerlust“ kann im nächsten Jahre (1915) auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß beabsichtigt der Verein ein großes Fest, eventuell mit Gesangsweitschritt, zu veranstalten. Der Gesangsverein „Arion“ will in diesem Jahre sein 15jähriges Jubiläum feiern, und zwar durch eine kleinere Veranstaltung im Vereinslokal, der Turnhalle, ebenso der „Mädler-Klub 1902“ sein 10jähriges Jubiläum in derselben Art und Weise.

**Nassauische Nachrichten.**

**Nassau a. d. L., 23. Jan.** Das bekannte Geschäftshaus Gebrüder G. und W. Bach hier selbst ist in Konkurs geraten. Das einst gutsituierte Haus ist durch verfehlte Bauunternehmung, das Vorwachen und frühere Wasserschäden in seine üble Lage geraten.

**ht. Holzhausen v. d. G., 23. Jan.** An den Folgen eines Schlaganfalles starb gestern der hiesige Bürgermeister Peter im Alter von 80 Jahren. Der Verstorbene erfreute sich in allen Kreisen und bei allen Parteien hoher Achtung.

**ht. Kriftel, 23. Jan.** Die Gemeindevertretung lehnte mit 6 gegen 5 Stimmen ein Gesuch des Kriegervereins um Bewilligung von 40 M. zur Kaisergeburtstagsfeier ab; ebenso verlangte sie ihre Zustimmung zur Errichtung einer Baumhülle für Schulunterrichtsstube, da man sich von dieser keinen Nutzen für die Schüler verspricht.

**Aus der Umgebung.**

**Selbstmord eines Feldwebels.**

**ht. Frankfurt a. M., 23. Jan.** Der Feldwebel Riedes von der 9. Kompanie des 51. Infanterie-Regiments erschoss sich heute nachmittag aus bisher nicht ermittelten Gründen mit seinem Dienstgewehr.

**— Mainz, 24. Jan.** Der Kreisaußschuß gab in seiner heutigen Sitzung dem Einspruch gegen die Wahl des sozialdemokratischen Stadtverordneten Hirschspiegel statt und entzog ihm sein Mandat. Gemäß der Städteordnung wurde der nationalliberale Kandidat Fabrikant Dr. Otto Dyckerhoff, der nach Hirschspiegel die meisten Stimmen erhalten hatte, für die Dauer von 9 Jahren als gewählt erklärt.

**wb. Koblenz, 24. Jan.** Troßdem die oberen Nebenflüsse des Rheins zugefroren sind, bringt der Rhein seit der verfloßenen Nacht wieder starkes Treibeis, so daß die Schiffsbrücke soeben abgefahren wurde. Die Kälte stieg heute früh sehr. Auf den Höhen des vorderen Wasgenwaldes beträgt sie 16 Grad Reaumur. Da die Felder ohne Schnee sind, so ist die Winterfaat vernichtet.

**Gerichtssaal.**

**wb. Ein gefährlicher Geiratschwindler.** Geinhäusen, 24. Jan. Der Schachmeister Linl, der durch Zeitungsinsinieren zwei Kasseler Mädchen kennen gelernt hatte und sich ihnen als Pieten-Gusarenritmeister vorstellte und sich mit ihnen verlobte und sie dann zur Vergabe größerer Geldsummen veranlaßt hatte, wurde von der Kasseler Strafkammer zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Abgewiesene Klage eines Kinobesizers.** Weiler bei Schöffelshaus, 23. Jan. Die Klage des Kinobesizers Coelstin auf Schadenersatz gegen den Richter und Rektor Boyson, der gelegentlich der Vorführung des Bildes „Quo vadis?“ vor den Schülern des Kino gewarnt hatte, wurde heute von dem Amtsgericht abgewiesen, da kein Grund zur Schadenersatzpflicht vorliege.

**Sport und Spiel.**

**sr. Die englische Skimeisterschaft** wurde in Norwegen, und zwar in Saanenmøjer, entschieden. Sieger blieb H. Rolph. Zweiter wurde Major Greer. Für den dritten Platz gab es lottes Rennen zwischen Hr. K. Dombing und Hr. R. Dombing.

**st. Der Weltmeister im Schwergewichtsbogen,** der Reger Jack Johnson, stand in Hamburg dem deutschen Ringkämpfer Markussen gegenüber. Johnson, dessen Fähigkeiten als Kämpfer bekanntlich sehr gering sind, mußte daher auch nach 23 Minuten eine einwandfreie Niederlage einleiden (neben dem Honorar).

**sr. Die Europa-Meisterschaft im Skeletonfahren.** Auf der 3255 Meter langen Schachalpobahn in Davos kam am Freitag die erste Europa-Meisterschaft im Skeletonfahren zur Entscheidung. Troßdem die Bahn infolge der vielen Kurven große Schwierigkeiten bot, verlief das Rennen ohne Unfall. Sieger blieb der Deutsch-Russe Bernhoff (Riga), der mit 3 Min. 37,5 Sek. einen neuen Rekord aufstellte. Zweiter wurde Weeding (England) und Dritter Loucroff (England).

**Neues aus aller Welt.**

**Ein Drahtseilbahn-Unfall.** Paris, 24. Jan. Auf der Drahtseilbahn in Belleville bei Paris ereignete sich ein Unfall, bei dem neun Personen, darunter fünf schwer, verletzt wurden. Der Unfall wurde dadurch verursacht, daß während des Betriebes der Bahn ein Drahtseil riß. Der Wagen sauste den Berg herab, entleerte und stürzte, nachdem er mehrere Wagen angefahren, auf zwei andere Wagen der Drahtseilbahn, die er mit rasender Schnelligkeit den Berg hinunter bis zur Place de la Republique mit sich riß. Durch den Schaffer gelang es, den Wagen anzuhalten. Unterwegs wurde einem Automobils, der die Bahn kreuzte, die hintere

Plattform zerstört. 13 Personen sind verletzt worden. Sie konnten nach Anlegung von Verbänden sämtlich ihre Wohnungen auffuchen.

**Reichshäuser sterben.** Augsburg, 23. Jan. Der Geschäftsführer Reichshäuser ist in der letzten Nacht im Krankenhaus zu Tode infolge der Verletzungen, die er sich bei seinen Verletzungen durch die schwedischen Wälder ausgesogen hatte, gestorben.

**Vernehmliche der Königin von Schweden.** Stockholm, 23. Jan. Außer den Regalen an Privatpersonen vermachte die Königin-Witwe Sophie 140 000 Kronen dem Sofiabau, 20 000 Kronen dem Allgemeinen Stockholmer Schachverein und 10 000 Kronen dem Schachverein „Königin“.

**150 000 M. in einer fürstlichen Kammereinkasse unterschlagen.** Halle, 24. Jan. Bei der Fürstlich Stolberg-Wernigerodischen Kammereinkasse zu Ulfeld wurde ein Fehlbetrag von 150 000 M. festgestellt. Der flüchtige Kassierentendant Boh, ein geborner Schöneberger, hat sich der Unterschlagungen schuldig gemacht. Auf die Ergreifung des Debitanten ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

**Entführung einer 17jährigen Offiziersstochter.** Dresden, 23. Jan. Großes Aufsehen erregt hier die Entführung der 17jährigen Tochter des rumänischen Obersten Morgenanu durch einen angeblichen Zeitungsredakteur, den Rumänen Bartulesku. Die Nachforschungen der Polizei waren bisher erfolglos.

**Ein Arzt vom Patienten überfallen.** Romburg, Pf., 23. Jan. Während gehen in der hiesigen Heil- und Pflanzenschule der Anstaltsarzt Dr. Marlaraf mit der künftigen Ernährung eines Kranken beschäftigt war, wurde er von dem in der Anstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes unterbrochenen Untersuchungsgefangenen Kollmayer überfallen und durch fünf Messerschläge in den Rücken verletzt. Das Befinden des Arztes ist der Verhältnissen nach gut und man hofft, daß keine Komplikationen eintreten, so daß er in einigen Tagen das Bett wieder verlassen können. Einem Oberpfleger brachte Kollmayer einen kleinen Stein in einen Finger bei.

**Ein Pariser Straßenbahnunfall.** Paris, 24. Jan. In der Rue du Boulevard du Temple ereignete sich gestern Abend ein Straßenbahnunfall. Ein von Belle-Isle kommender dicht besetzter Wagen raste mit voller Geschwindigkeit die abwärts angeordnete verkehrsfreie Straße hinab. Mehrere Fußwege wurden umgeworfen und 30 Personen mehr oder minder schwer verletzt.

**Verhaftung von New Yorker Autodieben.** New York, 24. Jan. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, eine Automobil-diebesbande zu verhaften die in der letzten Zeit der Stadt allen Automobilbesitzer bildete. Sie bestanden es in geschickter Weise, die Wagen aufzubrechen und die Automobile durch Lockern völlig unkenntlich zu machen. Der Wert der in den letzten Jahren gestohlenen Automobile wird auf über 7 Mill. Dollar geschätzt. Der Führer der Diebesbande, ein gewisser Rudy, war bereits vor einiger Zeit verhaftet worden. Er hatte ein junges Mädchen zu entführen versucht, worauf seine Geliebte nunmehr aus Rache die ganze Bande bei der Polizei anzeigte.

**Eisenbahnunfall.** Paris, 23. Jan. Heute morgen stieß auf der Bahnlinie Beauvais-Gisors bei der Station Rainvillers ein Personenzug mit einem Kohlenzug zusammen. Ein Schaffner und ein Reisender wurden getötet, drei andere Personen schwer verletzt.

**Durch eine abfällige Lokomotive gerammt.** Luxemburg, 24. Jan. In der Nähe von Ech kürzte eine englische Lokomotive von einer sechs Meter hohen Brücke herunter und gerammte einen unter der Brücke beschäftigten Arbeiter.

**Mitteilung auf einen Wachposten.** Kärnten, 23. Jan. Heute nacht wurde auf dem Wachposten bei den Munitionsmagazinen hinter Udweis ein scharfer Schuß abgegeben. Der Täter entkam.

**Ein harter Erdstöß.** Athen, 23. Jan. In Lebantia wurde ein harter Erdstöß verheert; zahlreiche Häuser wurden beschädigt. Drei Häuser und ein Teil einer Festung sind eingestürzt.

**Deutscher Reichstag.**

**Das Ende der Zaberndebatte. — Abermals eine Mehrheit gegen die Militärdiktatur. — Ein Protest gegen die Regierung.**

**S. Berlin, 24. Jan.** (Eig. Drahtbericht) Die heutige Reichstags-Sitzung währte genau eine halbe Stunde. Dieser Rekord der Kürze nach der gestrigen achtstündigen Sitzung war aber nicht die einzige Überraschung. Die heutige Sitzung bedeutet vielmehr eine neue parlamentarische Aktion von imponierender Eindeutigkeit, voll Nachdrucks und Würde, einen Abschluß der Zaberndebatte, wie man sie vom politischen Standpunkt aus gar nicht besser hätte wünschen können. Wie immer bei Initiativanträgen, so glänzte auch heute, trotzdem hier vielleicht eine Ausnahme am Platze gewesen wäre, die Regierung durch Abwesenheit. Dr. Müller-Reiningen, der den fortschrittlichen Antrag begründete, knüpfte an diese Tatsache und an die unwürdige Behandlung an, welche die in den Resolutionen niedergelegten Wünsche des Reichstags auch diesmal wieder durch den Bundesrat erfahren hätten. Gerade deshalb habe die Volkspartei nicht den Weg der Resolution, sondern den eines Initiativantrags gewählt. Der Meinung des volksparteilichen Redners, daß hier eine ununterbrochene Kette von Provokationen vorliege, schloß sich im übrigen gleich darauf der Abgeordnete Fehrenbach an. Beide Redner traten dafür ein, daß der Zentrumsantrag, der vor allen Dingen festlegen will, daß das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörden einschreiten darf, sofort angenommen wird, ebenso der im Grunde ja völlig übereinstimmende nationalliberale Antrag. Den von den Fortschrittlichen gewünschten Gesetzentwurf bittet Dr. Müller-Reiningen einer Mitglieder-Kommission zu überweisen. Der Sozialdemokrat Haase protestiert gegen den Angriff auf die Sozialdemokratie, mit dem gestern der Reichstagsler das Gesetzentwurf zu verschieben versucht habe, und der Schaffer Haub tritt ebenfalls für den Antrag ein. Nach dieser ganz kurzen Debatte kam es zur Abstimmung. Der Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen wurde sofort mit überwiegender Mehrheit — nur einige Konservative blieben sitzen — angenommen. Die anderen Anträge gingen an die beantragte Kommission. Für diese Überweisung stimmten geschlossen Volksparteiler, Sozialdemokraten, Schaffer und Pelen; die Nationalliberalen stimmten, vielleicht das politisch bedeutsamste Moment der Sitzung, gegen die Überweisung an die Kommission, nachdem ein Teil der Fraktionsmitglieder vorher den Saal verlassen hatte. Offenbar, um den Eindruck dieses Votums zu unterstreichen, beantragte nunmehr Dr. Müller-Reiningen Vertagung, und das Haus beschloß so. Auf einen Zwischenruf des Grafen Westarp antwortete Grober schlaffertig, die Vertagung sei notwendig, da die Staatsberatung bei der Abwesenheit aller Regierungsvertreter doch nicht fortgeführt werden könnte, und so wurde die Vertagung zugleich zu einer Demonstration gegen die Regierung, die den Reichstag und seine Beschlüsse mißachten zu können glaubte. — Die nächste Sitzung findet bekanntlich erst Mittwoch statt.

**Sitzungsbericht.**

**Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.**

† Berlin, 24. Januar.

Am Bundesratstisch: Niemand. Präsident Dr. Koempf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst

die erste Beratung eines von den Fortschrittlichen eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt. Auf Vorschlag des Präsidenten werden hiermit verbunden die Initiativanträge der Schaffer, Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und des Zentrums, die sich auf die Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und Nachprüfung der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs vom Jahre 1899 beziehen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Fortschr.): Ich beantrage, den Antrag des Zentrums auf Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht sofort anzunehmen und die übrigen Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Der Reichskanzler hat zwar eine entgegenkommende Haltung eingenommen, er hat aber nicht gesagt, was geschehen soll, damit solche Ereignisse, wie sie sich in Zabernd ereignet haben, in Zukunft vermieden werden. Es genügt nicht, hier eine Resolution zu fassen. Wir haben damit schon ja schlechte Erfahrungen gemacht, daß wir uns einen Nutzen davon nicht versprechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Aus den Worten des Reichskanzlers im Herrenhause scheint hervorzugehen, daß er auf die Anregungen des Reichstags überhaupt nichts zu tun beabsichtigt.

Wir haben ja aus der Zusammenstellung der Beschlüsse des Bundesrates über die Resolutionen des Reichstags gesehen, daß dies zutrifft. (Sehr richtig!) Bei dieser Gelegenheit muß ich dagegen protestieren, daß auf die Wünsche des Reichstags nicht eingegangen worden ist; wir protestieren gegen eine derartige Behandlung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Antworten des Bundesrates sind eine ununterbrochene Kette von Provokationen des Reichstags. (Stürmische Zustimmung.)

Es scheint, als ob der Konflikt vom Zaun gebrochen werden soll.

Ich freue mich daher über den Antrag des Zentrums und schließe daraus, daß auch die Zentrumsparier gegen diese Behandlung der Beschlüsse des Reichstags protestiert. (Sehr richtig!) Das gleiche gilt von dem nationalliberalen Antrag.

Wenn je eine parlamentarische Solidarität notwendig ist, so ist es im jetzigen Zeitpunkte.

Auch für die Zukunft dürfen wir uns eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen. Aus diesem Grunde haben wir den Weg der gesetzlichen Initiative betreten. Wir Süddeutsche gönnen den norddeutschen Brüdern auch etwas Gutes und wollen ihnen die süddeutschen Zustände zeigen, und zwar in Form eines Reichsgesetzes, das durch die Zabernd Vorgänge notwendig geworden ist. Wir wollen den Frieden zwischen Militär- und Zivilbehörde, der Kommandogewalt und der Polizei schaffen. Ich bitte deshalb, den Zentrumsantrag anzunehmen und die übrigen Anträge einer Mitglieder-Kommission zu überweisen.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Ich schließe mich den letzten Worten des Vorredners an, zumal der Reichskanzler eine zustimmende Haltung dazu eingenommen hat.

Angeichts der Erfahrungen bei der Behandlung unserer Resolutionen ist es aber angebracht, der Regierung nicht blind zu vertrauen, sondern einen energischen Druck auf die Haltung der Regierung auszuüben.

Die Parteien müssen die Anträge möglichst einmütig annehmen, damit der Wille der Volkvertretung klar zum Ausdruck kommt. Unser Antrag läßt den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen großen Spielraum. Die übrigen Anträge bitte ich an eine Kommission zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Fortschr.): Ich beantrage, den Antrag Fehrenbachs sofort anzunehmen.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Wir auch. Abg. Haase (Soz.): Die energischen Worte Dr. Müller-Reiningens sind zwar erfreulich; ohne energische Taten haben sie aber keine Bedeutung. Wenn der Reichstag auch nur einen Funken von Selbstachtung hätte, so muß er der Regierung seine ganze Macht zeigen und sich die Schritte nicht gefallen lassen. (Lafche des Präsidenten.) Präsident Koempf ruft den Redner wegen der letzten Äußerung zur Ordnung. Nach dem Sozialdemokraten.) Der Antrag Fahrenmann sagt fast nichts. Er ist aber unbedenklich und wir nehmen ihn, wie die übrigen Anträge, an.

Abg. Haub (Fortschr.): Wir sind angeichts des Verprechens des Reichskanzlers doch noch nicht geneigt, den Tag vor dem Abend zu loben. Wir sind oft schwer getäuscht worden, hoffen aber, aus der Erklärung des Reichskanzlers schließen zu können, daß ein Versuch gemacht wird, den schwachen Reichshohen in Etsch-Lothringen wieder zu festigen. Das Militär hat den Reichshohen selbständig verlassen. Wenn die preussischen und bayerischen Vorschriften nebeneinander in Etsch-Lothringen bestehen bleiben, so muß das zu den eigenartigen Verhältnissen führen: Die Preußen dürfen ohne und die Bayern nur mit Willen der Zivilbehörden einschreiten.

Auf dem nächsten Preustentag würde man den Bayern dann mehr Courage einzuführen versuchen.

Wir müssen durchzusehen suchen, daß in Etsch-Lothringen wieder Recht und Gesetz gelten.

Abg. Fahrenmann (natl.): In Ausnahmefällen muß dem Militär das Recht vorbehalten bleiben, selbständig einzuschreiten. Es kann vorkommen, daß die Zivilbehörden überhaupt nicht mehr am Platze sind; ich bitte Sie, die Anträge möglichst einmütig anzunehmen.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen gegen die Stimmen der Rechten, mit Ausnahme der Grafen Posadowsky, der für den Antrag stimmt. Der Gesetzentwurf der Fortschrittlichen Volkspartei und die Anträge der Sozialdemokraten und der Schaffer werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Damit sind diese Gegenstände erledigt. Nächster Punkt ist die Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern. Es wird aber ein Vertagungsantrag gegen die Stimmen der Rechten mit lauten Beifallskundgebungen angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 26. Januar, 2 Uhr. Etat des Innern. — Schluß 11 Uhr.





# Die neue Zaberndebatte im Reichstag.

## Die Besprechung der Interpellation.

Aus der weiteren Besprechung der Interpellation nach der Rede des Reichskanzlers, die wir in der Morgen-Ausgabe nach dem offiziellen Telegraphenbureau im Wortlaut mitgeteilt haben, heben wir hervor:

### Abgeordneter Herzog (Zentr.):

Man hat es leider verabsäumt, dem Elsaß-Lothringischen Volke zu sagen, daß Sühne eintreten werde. Die Äußerung des Leutnants v. Forstner ist und bleibt eine Verleumdung. Es ist nicht festgestellt worden, ob in Zabern wirklich innere Unruhen gewesen sind, es werden wohl Dabereien einzelner gewesen sein, die zu Ausschreitungen führten. Die Vorgänge bei dem Straßburger Diner und die Ablehnung des Extraguges geben doch zu denken.

Jetzt sind die Urteile rechtskräftig; das Volk versteht sie nicht. Ich kenne das militärgerichtliche Verfahren und schäpe seine Objektivität außerordentlich hoch ein. In diesem Falle handelte es sich um einen politischen Prozeß, und ist nicht auch schon von den Zivilinstanzen bei politisch aufgeregten Zeiten und von politisch aufgeregten Richtern das Recht geübt worden? Bei dem Leutnant v. Forstner Notwehr anzunehmen, ist geradezu eine Verleumdung. Für das gute Herz der elassischen Bevölkerung spricht das Bedauern über das erste harte Urteil über Forstner. (Sehr gut!) Angerkennen ist es durchaus, daß Oberst v. Reuter alle Verantwortung auf sich genommen hat. Ich hoffe, daß die Gratulation nach dem Urteil nicht allgemeine Geflohenheit wird, denn solche Geflohenheiten sind geeignet, das Vertrauen in die Justiz zu erschüttern. Die Kabinettsorder von 1890 hat für Elsaß-Lothringen jedenfalls keine Gültigkeit, denn sonst müßten dort neben der preussischen auch bayerische und sächsische Ordere gültig sein, und das ist unmöglich.

In Elsaß-Lothringen ist nicht alles kaputt, wie von Gallier meinte. Wohl sind Mißstimmungen entstanden; mit dem Gesamtergebnis können die Elasser zufrieden sein. Im Reichstag haben sie Recht bekommen. Wir wollen ein glückliches Elsaß-Lothringen schaffen, aber auch ein treudeutsches. (Beifall Bravo!) Die dortige Regierung, die auf Abbruch beruht sein soll (Weiterkeit), sollte eine kluge und vernünftige Politik treiben. Die Erste Kammer hat die in sie gesetzten Erwartungen weit übertraffen, sie hat gezeigt, daß die Verfassung doch besser ist, als man zuerst angenommen hat. Das Verhältnis zwischen Militär und Zivil in Elsaß-Lothringen ist nicht so wie in anderen Gegenden Deutschlands. Die Verantwortung für das, was die elassische Zentrumspartei tut und sagt, können wir nicht übernehmen, da wir ihr nichts zu sagen haben. Dem Preuhentag möchte ich sagen, daß seine Mitglieder nicht eigene Wege gehen, sondern nichts weiter sein sollen als ein starker Arm an dem kraftvollen deutschen Baume. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit dem Schlagwort von dem Eingreifen in die Kommandogewalt des Kaisers wird hier viel Unfug getrieben.

Das Ende der ganzen Sache wäre der reine Absolutismus. Auch am Reichstag ist Kritik geübt worden. Auch mir gefällt er nicht. (Weiterkeit.) Aber er ist nun doch einmal die gewählte Vertretung des deutschen Volkes. Eine solche Beschimpfung, wie gemischte Gesellschaft, muß sich dieser Reichstag gefallen lassen! Vor einem halben Jahre ist die Wehrvorlage bewilligt, im Jahre 1913, das für das deutsche Volk ein großes Opferjahr war; diesen Reichstag zu beschimpfen, dazu gehört doch ein großer Mut. (Lebhafte Zustimmung.) War es notwendig, daß der Preuhentag einen Unterschied konstatierte zwischen Nordost- und dem übrigen Deutschland? (Zustimmung.) Welche Summen von vaterländischen Gedanken sind bei der Besprechung der letzten Wehrvorlage bis in die fernsten Gebirgsdörfer getragen worden. (Sehr richtig!) Diese Freude an dem gemeinsamen Vaterland wollen wir uns nicht durch Hangel-schlag verderben lassen. Nicht Preuhentag, nicht Süddeutschland, das ganze Deutschland soll es sein. (Lebh. Bravo!)

### Abgeordneter Bassermann (natl.):

Auch wir können den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers nur zustimmen. Wir haben am 3. und 4. Dezember die Mitte eingehalten und können es auch heute mit unserer Beurteilung über die Zaberner Vorgänge. Wir werden uns von der mittleren Linie weder durch den Nationalismus von Rechts noch von Links abdrängen lassen. Der Vorwurf, daß wir ein Eingreifen in die Kommandogewalt des Kaisers verüben, ist unzutreffend.

Neben der Kommandogewalt des Kaisers besteht auch noch das Budgetrecht des Reichstags.

Die Rechtslage der Zaberner Vorgänge kann hier nicht entschieden werden. Schlagworte führen da nicht zum Ziele. Da sind sehr detaillierte Beweise und verschiedene Vorschriften nötig. Unzweifelhaft haben die Zivilbehörden verfangt. In Bezug auf die Beurteilung der Rechtslage in dem Vorgehen des Obersten v. Reuter bestehen allenthalben bei den verschiedenen Staatsrechtslehren verschiedene Ansichten. Da müssen wir erst eine Klärung abwarten. Die Grenzen zwischen Militär- und Zivilverwaltung müssen genau gezogen werden. Wir wünschen, daß die Mißstände, die sich dort gezeigt haben, beseitigt werden, damit die Klut zwischen Militär- und Zivilgewalt beseitigt wird. Hier hat der Reichskanzler Remedur zu schaffen. Elsaß-Lothringen ist das Aufmarschgebiet und eventuell das künftige Schlachtfeld, deshalb ist es von besonderer Bedeutung, daß die Zivilbehörden von Pflicht und Treue durch und durch erfüllt sind. (Lebhaftes Bravo!) Die Mehrheit des Reichstags ist von der rechten Seite schwer angegriffen worden, in erster Linie wegen der Einführung der Besitzsteuer und dabei hat gerade die Rechte die Regierung auf diese Steuer hingewiesen. Niemand verkennt die Verdienste Preuhens um die Reichsgründung. Wir protestieren gegen jede Beschimpfung von Reichseinrichtungen.

Wer den Fortifikationsbredigt, predigt gegen den nationalen Gedanken.

Die von Bismarck geschaffene Einigkeit muß aufrecht erhalten bleiben. (Bravo!) Die glänzende Entwicklung des Reichs ist zurückzuführen auf das Zusammenwirken von Regierung und Parlament. Diese nationale Entwicklung geht weiter vorwärts, sie hat feste Wurzeln im Volke. Wir wollen den Reichsgedanken hochhalten und pflegen, und er wird auch in Elsaß-Lothringen immer festere Wurzeln fassen. (Lebh. Beif.)

### Abgeordneter Graf v. Westarp (kons.):

Wohl selten ist die Auffassung einer Minderheit so bestätigt worden wie die meiner Partei in der Zaberner Angelegenheit. Bestätigt hat sich auch unsere Auffassung von der Haltung der Zivilbehörden und unsere sonstigen Befürchtungen. Aus dem Vorwurf, daß es sich dort um eine Soldateska handelte, ist die Armee rein hervorgegangen. Die Verfehlungen eines jungen Leutnants haben sofort eine auszeichnende Sühne gefunden. (Widerspruch links.) Die Armee, die in Zabern provoziert wurde (Widerspruch), hat ihre glänzende Rechtfertigung gefunden. Unser Heer ist ein Volksherr im besten Sinne des Wortes. (Beifall rechts.) Für uns handelt es sich bei dem Zaberner Falle um eine res judicata sowohl seitens des Gerichts wie auch von Seiten des nationalen Teiles unseres Volkes. Damit ist der Zaberner Fall für uns erledigt. Die Regelung für das Eingreifen der bewaffneten Macht mit oder ohne Requisition durch die Zivilbehörden ist Sache der Landesherren.

Wir können dem Reichstag nicht das Recht zusprechen, in diese Zuständigkeit der Kommandogewalt einzugreifen. Wir lehnen die Mitwirkung ab.

Die Anträge der Sozialdemokraten und der Fortschrittler lehnen wir ebenfalls ab. Die Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums sind weniger einschneidend, aber immerhin stellen sie den ersten Schritt hierzu dar, und deshalb lehnen wir auch sie ab. Herr v. Heubrand hat im Abgeordnetenhaus nicht die Auflösung des Reichstags verlangt, sondern er hat gesagt, bei einer Neuwahl hätten die Wähler die Gegner der Wehrvorlage zum Zweck und nicht in den Reichstag geschickt. Nun der Preuhentag! Ich konstatiere, daß der Preuhentag keine Veranstaltung der konservativen Partei ist. (Weiterkeit.) Der Vorsitzende gehört nicht einmal zu unserer Partei. Wir bedauern die Äußerungen, die auf dem Preuhentag gegen einen Bundesstaat und gegen den Reichstag gefallen sind. Als geladene Gäste konnten wir aber dazu keine Stellung nehmen. (Widerspruch.) Die Kritik gegen die Teilnehmer des Preuhentages hat aber auch heute hier manchmal die Grenzen des Zulässigen überschritten. Gegenüber diesen Verfehlungen der Sozialdemokraten und Freisinnigen auf Unparteilichkeit müssen wir uns schämen vor die Reichsversammlung stellen. (Sehr richtig! rechts; Gelächter links. — Zuruf: Wir!) Jawohl, auch wir von der konservativen Partei. Wir sind nicht diejenigen, welche die Reichsversammlung angreifen, wir wollen sie schämen, indem wir verlangen, daß die Rechte der Einzelstaaten ebenfalls respektiert werden. Wir lassen uns von niemand übertreffen in der Beschätzung des Reichsgedankens. (Lebhafte Beifall rechts.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag gestellt, aber auf Einwendung des Abg. Scheidemann (Soz.) zurückgezogen.

Abg. Schulz-Bromberg (Npl.): Man kennt den Reichstag gar nicht wieder. Bei den Dezember-Debatten war er eine schäumende Masse von Entrüstung. (Weiterkeit.) Ob sich die Parteien im Innern geändert haben, weiß ich nicht. Sie lassen sich jedenfalls davon führen, daß man im Lande es sich nicht gefallen läßt, wenn an der Armee gerührt wird. (Lachen links.) Letzten Endes richtet sich das Mißtrauensvotum nicht gegen den Reichskanzler, sondern gegen den Geist der Armee. (Lebhafte Widerspruch.) Auch wir auf der Rechten haben ein Interesse daran, daß keine Willkürherrschaft besteht, aber die Ordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Solche Dinge, wie sie sich in Zabern ereignet haben, wären in einem anderen Teile des Deutschen Reiches unmöglich gewesen. Dem Reiche ist die hochberühmte Politik übel gelohnt worden. Die Abschaffung des Militäraparagraphen und die Verfassung sind nur Meilensteine auf dem Wege zur Selbständigkeit der Reichslande.

Ich habe das Vertrauen zu dem Reichskanzler, daß er objektiv genug ist, nachzuprüfen, ob die Politik in Elsaß-Lothringen aus die Reichslande näher gebracht hat.

Nicht was populär ist, tut uns nol, sondern Maßregeln und Männer, welche die Ehre und Würde des Vaterlandes rücksichtslos wahren. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Derzog (Wirtsch. Vgg.): Erfreulich ist, daß sich die heutige Debatte wesentlich ruhiger gestaltet hat als die frühere. Die Befürchtung, daß eine Soldateska-Wirtschaft und eine Sabelherrschaft vorhanden sei, hat sich nicht bestätigt. Den Anträgen stimmen wir nicht zu. Der nationalliberale Antrag ist zwar unbedenklich, aber angesichts der Zusage des Reichskanzlers, daß seine Nachprüfung eintreten wird, überflüssig. Die Militärbehörde hat zweifellos besser abgemittelt als die Zivilbehörde. (Beifall.)

Ein Vertagungsantrag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Mehrzahl der Nationalliberalen abgelehnt. Als nächster Redner steht Abg. Ledebour auf der Liste. Dieser verzichtet gegenwärtig.

### Abgeordneter Raumann (Op.):

Oberst v. Reuter hat seine Freisprechung, Ehre und einen Orden bekommen, das Volk aber nicht Sühne und Rechtfertigung. Es stand doch nicht bloß die Ehre der Militärbehörde in Frage, sondern auch die der Zivilbehörde. Die Zivilbehörden von Elsaß-Lothringen sind geschlossen wie ein Mann der Überzeugung, daß ihre einheimischen Behörden ihre Pflicht getan haben, aber nur keine Möglichkeit hatten, das hier zum Ausdruck zu bringen — man könnte doch dem Reichskanzler nicht widersprechen! Der Eindrud der fassungslosen Hilflosigkeit bleibt. Will man den Reichslanden die Selbständigkeit geben, so ist das ein Vorteil für das Land, der aus diesen trüben Stunden erwachsen ist. Die Elasser sind von jeder an Militär gewöhnt. Passiert dort etwas, so kommt es nicht aus antimilitaristischer Stimmung heraus. Auch in diesem Falle, in dem auf deutschem Zabern, war es keine nationale Strömung.

In Bayern oder Baden hätte ein solches Auftreten der Offiziere noch ein ganz anderes Echo gefunden.

Was die Elasser brauchen, ist die Achtung vor dem Menschen, auch wenn er nur ein Zivilist ist. (Weiterkeit.) Der Offizier hat im Elss nicht wie im Feindesland auszuhalten. Nicht nur mit der Macht, auch mit dem Gewalt muß dort gearbeitet werden. (Lachen rechts.) Wexleins hat, Sonn darüber lachen. (Stürmische Zustimmung links.) Wären die Leute nicht angetrieben, dann wäre geschossen worden, und ich möchte wissen, wie viele Gratulationen der Oberst dann bekommen hätte. Oberst v. Reuter hat sich als der politische Soldat erwiesen. Deshalb ist er der berühmte Mann geworden. (Sehr richtig! links.) Er gilt

als der allein richtige Offizier. Graf Westarp hat über den Preuhentag weisevolle Rückzugserklärungen losgelassen. Es bleibt aber bestehen, daß die Kreise um den Grafen Bardenburg mit dem Reiche nicht zufrieden sind. Es wird ihnen zu deutsch, die Herren wollen rein preussisch sein. Aus vaterländischen Gründen wurden die direkten Reichssteuern geschaffen. Wozu der ganze Aufwand des Volkes und des Reichstags, wenn seine Resolutionen in den Papierkorb wandern? Die Konservativen haben 1873 auch Bismarck abgeben wollen, weil er ihnen nicht gehorchen wollte. Das ist das parlamentarische Regiment der Rechten. (Zuruf rechts: Zabern! — Unruhe links.) Als Caprivi ohne die Rechte mit dem übrigen Volke etwas machte, da trat Liebenberg in Tätigkeit, denn ein Donauschwaben gab es noch nicht. (Weiterkeit.) Für uns ist der Reichstag keine Versammlung zusammengesetzter Fraktionen.

Für uns ist der Reichstag der Ausdruck des deutschen nationalen Gedankens, über den Sie (nach rechts) lachen, weil er Ihrer Seele unbekannt ist.

Der Reichstag hat gewonnen an Demokratie, welche diejenigen bezahlen läßt, die etwas haben, aber nicht zahlen wollen. (Zustimmung.) Deshalb wollen Sie nichts von dem Reiche wissen. Für uns heißt es von dem Reiche: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. (Lebhafte Beifall links.)

### Abgeordneter Ledebour (Soz.):

Der Kriegsminister hat davon gesprochen, daß gegebenenfalls auch die Offiziere berechtigt gewesen seien, den Zivilisten den Sabel in den Leib zu rennen. (Der Kriegsminister schüttelt den Kopf.) Auf einen Widerspruch war ich nicht gefaßt. Darin liegt eine Unwahrheit. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.) Ich nehme putative Notlügen an, da seine Notlage ihm das Bewußtsein raubt, daß er der Wahrheit nicht dient. (Weiterkeit.) Die Einmischung des Kronprinzen in die Zaberner Angelegenheit bedauert wir. Wir verlangen gleiches Recht für Offiziere und Soldaten. Sie alle müssen dem bürgerlichen Gesetz unterstellt werden und keine Ausnahmestellung einnehmen. Das wäre in Wirklichkeit ein Volksherr.

Die Nationalliberalen sind völlig umgefallen.

Dr. Röding hat sich völlig auf die Seite des Militarismus gestellt. Militarismus und Junkertum bilden eine Partei gegen das Volk, die die Sabelherrschaft proklamiert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove ruft den Abg. Ledebour wegen einer beleidigenden Äußerung über die Person des Kronprinzen zur Ordnung.

### Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der sachliche, ruhige Verlauf der heutigen Debatte würde der Reichsleitung keine Veranlassung geben, nochmals das Wort zu ergreifen. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß es ihr beim Fall Zabern nicht auf die Frage ankam, inwieweit die Verfassung gewahrt ist, sondern einen Stoß zu führen gegen die Monarchie und gegen die Armee. (Lebhafte sehr richtig! Lärm bei den Soz.) Der Abg. Ledebour hat ferner über die Person des Kronprinzen Äußerungen gemacht. Formell sind sie durch die Ordnungsrufe des Präsidenten für mich erledigt, aber sachlich muß ich noch bemerken:

Durch die Zusammenstellung des Kronprinzen mit Herrn v. Eldenburg und dessen Worte von dem Leutnant und den zehn Mann soll in Volkskreisen die Ansicht verbreitet werden, als ob der Kronprinz ein Verächter der deutschen Reichsverfassung sei.

Dagegen muß ich entschieden Verwahrung einlegen. So wie es nicht üblich ist, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen, so widerspricht es auch konstitutionellem Geiste, die Person des Kronprinzen in dieser Weise zum Gegenstand der Debatte zu machen. Vom Standpunkt der Reichsleitung muß ich dagegen protestieren. In den warmen Worten, die der Kronprinz zum Abschied von seinem Infanterie-Regiment gesprochen hat, können wir einen Beweis dafür erblicken, daß in dem künftigen Träger der Krone der gute Geist der deutschen Armee lebendig ist. Dafür werden wir ihm stets dankbar sein. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich wäre dem Staatssekretär dankbar gewesen, wenn er die Regierung veranlaßt hätte, Maßregeln zum Schutze der Würde und der Ehre des Deutschen Reichs zu treffen, die von gewissen Militärs in Zabern angegriffen worden sind. Wir halten die monarchischen Einrichtungen für veraltet und nicht haltbar. (Lachen; Hört! Hört! Lärm.) Der Kronprinz hat zwei Telegramme gesandt. Das erste fest. Wenn man darauf nicht mehr folgen kann, so hört alles auf. Zu der vom Reichskanzler als ungeschicklich bezeichneten Handlung in Zabern telegraphiert er „Bravo!“ Da verstehe ich nicht, wie Staatssekretär Delbrück, der während meiner Rede landstüchtig geworden ist, dies noch beschönigen will.

Präsident Dr. Kaempf: Diese Erörterungen sind außerordentlich peinlich. Es wäre besser gewesen, wenn die Debatte ohne persönliche Evidenzen geblieben wäre. Wenn der Abg. Ledebour sagte, der Staatssekretär sei landstüchtig geworden, so ist dies nicht der Würde des Hauses entsprechend. (Schallende Weiterkeit.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Ledebour wird vertagt. — Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: Antrag betreffend Befugnisse der bewaffneten Macht, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; Fortsetzung der Staatsberatung. — Schluß nach 8¼ Uhr.

### Die Beantwortung der Quardischen Anfrage, betreffend den Giftmordprozeß Oost.

Aus dem Anfang der gestrigen Reichstags-Sitzung ist nach nachzutragen: Auf die Anfrage des Abg. Dr. Quard-Frankfurt a. M. (Soz.), betreffend eine internationale Regelung des Handels mit Gift und Mikroorganismen, antwortete Ministerialdirektor Dr. Joncaquière: Der Handel mit Giften ist im Inland durch das Gesetz von 1904 verboten. Die Abgabe von Cholera- und anderen Bazillen darf nur an zum Empfang ermächtigte Personen erfolgen. In Deutschland ist unabhängig von dem in Frankfurt durchgeführten Prozeß schon vor einiger Zeit geprüft worden, ob die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen ausreichen. Die Erfahrungen in dem Prozeß werden Veranlassung geben, zu erwägen, ob im Wege internationaler Vereinbarungen eine internationale Regelung des Handels mit Gift und feuchterregenden Mikroorganismen getroffen werden kann.

# Seit 100 Jahren

bürgt für Güte, langes Lager und größte Bekömmlichkeit der Name

# Matheus Müller

Hoflieferant Sr. Maj. des Kaisers und Königs und 10 anderer Höfe

Jetzt im Handel: Müller Extra Cuvée 1907 Müller Champagne Cuvée 1906

F 105

Alle

## Trauer-Drucksachen

als:

Trauer-Meldungen in Brief- und Kartenform, Besuchs- und Danksagungskarten mit Trauerrand, Aufdrucke auf Kranzschleifen, Nachrufe, Grabreden, Todes-Anzeigen als Zeitungs-Beilagen etc.

fertigt in einigen Stunden zu mässigen Preisen die

### L. Schellenberg'sche Hof-Buchdruckerei

Kontore: Langgasse 21.

Fernsprecher Nr. 6650-53.

## Von der Reise zurück. Dr. med. E. Hirschland Bismarckplatz 5.

Berwandten, Freunden u. Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe, unvergessliche Mutter,

**Frau Karl Hartmann Wwe.,**

nach schwerem Leiden zu sich zu nehmen.

Die trauernden Kinder:

Adolfine Hartmann.

Ernst Hartmann.

Wiesbaden, (Adberstr. 31), Gln-Sayenthal, 23. Januar 1914.

Die Einäscherung findet Montag, den 26. Januar, nachm.

4 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Von Kranz- und Blumenspenden wolle man absehen.

Gestern verschied nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 80 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater,

**Herr Säckermeister**

## Karl Füll.

Wiesbaden, den 24. Januar 1914.

Vertraamstraße 4.

Um stille Teilnahme bitten

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Montag, den 26. Januar 1914, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.



## Turnverein Wiesbaden.

Am 22. d. M. verstarb nach längerem Leiden unser Ehrenmitglied Herr Bauunternehmer

**Max Hartmann.**

In aufrichtiger Trauer beklagen wir das Hinscheiden dieses verdienstvollen Mannes, der während seiner langjährigen treuen Mitgliedschaft, namentlich als früherer 1. Vorsitzender des Vereins in vorbildlicher Weise gewirkt hat. Er war stets ein treuer Bewahrer und Pfleger der turnfreundlichen Gesinnung, ein allezeit williger Förderer der von uns erstrebten Ziele, ein aufrichtiger Freund unseres Vereins.

Sein Andenken werden wir jederzeit hoch und in Ehren halten.

Die Mitglieder werden gebeten, dem Verstorbenen bei der am Montag, den 26. Jan., nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Friedhofs nach dem Nordfriedhof stattfindenden Beerdigung recht zahlreich die letzte Ehre zu erweisen.

Wiesbaden, 24. Januar 1914.

Der Vorstand des Turnvereins.

## Junigen Dank

Allen für die in so reichem Maße bewiesene herzliche und aufrichtige Teilnahme und schönen Kranzsenden.

Wiesbaden, 24. Januar 1914.

**Frau Haas Wwe.**

210

**Unübertroffen**  
sind **Haybach's Kaffee-Spezialsortiments,**  
stets frisch gebrannt.  
**Gute kräftige Sorten Mk. 1.40 u. 1.50.**  
**Feinste Mischung,**  
hochfeinste, extra schwere, ausgesuchte Qualitäten Mk. 1.60, 1.70, 1.80.  
24 Wellritzstrasse. **Adolf Haybach** Wellritzstrasse 24.

**Stotterer**  
kein Angstgefühl mehr!  
Auskunft frei!  
Institut. Sprachheilverfahren.  
**Jean Göckel,** F 107  
Brandstr. 10, Frankfurt a. Main.

Von der Reise zurück  
**Lina Willmann**  
(Naturheilmethode)  
Bismarck-Ring 38, II.  
Spezialkur gegen  
Haut- und  
Geschlechtsleiden,  
Mannesschwäche  
**Dr. Wagner, Arzt, Mainz,**  
Schusterstrasse 54.

Nach kurzem schwerem Leiden entschlief gestern unser liebes Kind,

**Ilse Rosa Weinand.**

**Die tieftrauernden Hinterbliebenen.**

Wiesbaden (Westendstr. 37), 24. Jan. 1914.

**Sönigshofen i. Grbf., Hirschaid, Berlin.**

Die Beerdigung findet Montag nachm. 2 1/4 Uhr auf dem Südfriedhof statt. B 1816